

Koalitionsvertrag

zwischen

**der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kreis Wandsbek,
Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Wandsbek, und
der Freien Demokratischen Partei, Bezirksverband Wandsbek,**

in der Bezirksversammlung Wandsbek
für die Legislaturperiode 2024 - 2029

Inhaltsverzeichnis

Präambel	Seite 3
Verkehrs- & Mobilitätspolitik	Seite 4
Stadtentwicklung und Wohnungsbau	Seite 10
Wirtschaft	Seite 17
Inneres und Sicherheit	Seite 22
Soziales, Kinder, Jugendliche, Familien, Geflüchtete	Seite 23
Sport	Seite 30
Kultur	Seite 33
Umwelt	Seite 36
Klimaschutz & Anpassung	Seite 40
Haushalt/Verwaltung	Seite 42
Schlussbestimmungen	Seite 44

Präambel

In den kommenden Jahren muss sich Wandsbek, ebenso wie viele andere Orte in Deutschland, den Herausforderungen unserer Zeit wie der Sicherung unseres Wohlstands, dem Klimawandel, dem sozialen Zusammenhalt und dem demografischen Wandel stellen.

Wir sind eine Koalition, die drei Parteien mit unterschiedlichen Traditionen und unterschiedlichen Sichtweisen zu einem innovativen Bündnis zusammenbringt. Die Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Bezirk Wandsbek sehen eine gute Grundlage, um sich dieser Aufgabe gemeinsam zu stellen.

Dabei steht für uns ein Ausgleich der tatsächlichen, teilweise sehr unterschiedlichen Interessen und Belange der Bürgerinnen und Bürger in unserem vielfältigen Bezirk stets im Vordergrund.

Unser gemeinsames Verständnis ist die vertrauensvolle Suche nach Lösungen, nicht die öffentliche Abgrenzung. Diese schadet der demokratischen Kultur und der notwendigen Akzeptanz. Wir wollen in Wandsbek zeigen, dass diese Dreier-Koalition in respektvollem Umgang miteinander und im konstruktiven Dialog mit der Verwaltung und der demokratischen Opposition breit getragene Ergebnisse erzielt, die den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen.

In den zentralen Themenbereichen, nicht zuletzt den kritischen wie insbesondere Verkehr und Stadtplanung, haben sich die Parteien in den Koalitionsgesprächen auf die nachfolgenden Sofortmaßnahmen, Grundsätze und konkreten Themen verständigt.

Verkehrs- & Mobilitätspolitik

Grundsätze

Voraussetzung für diese Koalition ist das gemeinsame Verständnis von einem heterogenen Bezirk vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen. Die drei Parteien eint der Wille, der Urbanität sowie dem Charakter der „äußeren Stadt“ in Hamburgs bevölkerungsreichstem Bezirk gleichermaßen gerecht zu werden. Dabei gilt vor allem in der Verkehrspolitik mit differenzierten Maßnahmen für ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzer, Autofahrerinnen und Autofahrer, Radfahrerinnen und Radfahrer und Fußgängerinnen und Fußgängern eine möglichst breite Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen. Dafür wollen wir uns dem notwendigen Korrekturbedarf im motorisierten Individualverkehr stärker widmen. Viele Menschen sind auf das Auto angewiesen – darauf muss eine urbane Verkehrspolitik entsprechend Rücksicht nehmen.

Unsere Ziele in der Verkehrspolitik

- Wir teilen die Ziele des Hamburgs-Takts und befürworten die damit verbundene sukzessive Angebotsverbesserung bei Bahnen und Bussen. Das Erfolgskonzept der Expressbusse wollen wir fortsetzen und begrüßen die neue Linie X-27. Im Laufe der Legislatur wollen wir mit neuen Buslinien weitere Angebote bereitstellen. Die Schaffung der dafür notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen werden wir unterstützen und dabei die bezirklichen Prioritäten einbringen. Beim Umbau und bei der Neuanlage von Bushaltestellen werden wir den fließenden Verkehr und den Erhalt von Parkständen, die Barrierefreiheit und den Fahrgastkomfort sowie die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern bestmöglich berücksichtigen. Dabei kommen auch Busbuchten in Betracht. Es gilt der im Rahmen des Sofort-Programms festgelegte Beteiligungsvorbehalt des zuständigen Fachausschusses der Bezirksversammlung Wandsbek.
- Wir erhalten die bestehenden Fahrspuren mehrspuriger Straßen für den Wirtschaftsverkehr, den motorisierten Individualverkehr und den ÖPNV.
- Wir wollen Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit erhalten, sowohl am Tage als auch in der Nacht. Die Einführung von neuen Tempo-30-Strecken erfolgt ausschließlich in von der StVO normierten, begründeten Ausnahmefällen, z.B. im Rahmen der Verbesserung der Sicherheit von Schulwegen. Sollten aufgrund der europäischen Umgebungslärmrichtlinie weitere nächtliche Tempo 30 Strecken geplant werden, sehen wir zunächst eine Evaluation der bestehenden nächtlichen Tempo 30 Strecken sowie eine Prüfung alternativer nächtlicher Lärmreduktionsmaßnahmen vor. Hierbei gilt stets ein Beteiligungsvorbehalt durch den zuständigen Fachausschuss der Bezirksversammlung Wandsbek.
- Die Koalitionspartner verständigen sich darauf, dass im Bereich des Radverkehrs zuvorderst der Fokus auf dem Erhalt und der Sanierung von bestehenden Fahrradwegen liegt. In der Legislaturperiode 2024 – 2029 erfolgt grundsätzlich keine Neuplanung von zusätzlichen Fahrradstraßen. Gegebenenfalls erforderlich werdende Ausnahmen unterliegen grundsätzlich

dem Vorbehalt einer Beteiligung des zuständigen Fachausschusses der Bezirksversammlung Wandsbek. Die Planung und Umsetzung der bereits begonnenen Fahrradrouten wie Velorouten und Bezirksrouten, um durchgängige Fahrradwege zu schaffen, wird fortgesetzt.

- Auf Ausfallstraßen der Stadt wollen wir, soweit nicht bereits geschehen, eine Grüne Welle mit Tempo 50 bzw. 60 als Richtgeschwindigkeit einrichten.
- Um nachts aus Lärmschutz- und Klimaschutzgründen flüssiges Fahren ohne unnötiges Halten und Anfahren zu ermöglichen, werden wir nächtliche Ampelabschaltungen im Bezirk prüfen und bei positivem Prüfergebnis umsetzen.
- Wir werden die bestehenden Parkplätze im öffentlichen Raum grundsätzlich in der bestehenden Anzahl in den jeweiligen Stadtteilen erhalten und zusätzlich die Errichtung von Quartiersgaragen und anderen baulichen Einrichtungen ermöglichen, um der hohen Zahl von PKW in Hamburg sowie der Möglichkeit, den PKW zwecks Umstieges auf ÖPNV und Rad abzustellen, Rechnung zu tragen. Wir setzen uns für die Reduzierung des Parksuchverkehrs ein. Auch vor dem Hintergrund der immer weiter steigenden Flächenkonkurrenz im Verkehrsraum sprechen wir uns für die Schaffung von, wo punktuell erforderlich und möglich, zusätzlichem Parkraum aus sowie für die Erweiterung von digitalen Parkleitsystemen.
- In einem Bezirk wie Wandsbek erachten wir Anwohnerparkzonen nicht als geeignetes Instrument der Parkraumbewirtschaftung. In der Legislaturperiode 2024 – 2029 wird Anwohnerparken im Bezirk Wandsbek nicht eingeführt.
- Mit der S-Bahn Linie 4 wird eine neue S-Bahn in Wandsbek gebaut. Sie wird Rahlstedt und Tonndorf schneller und komfortabler an das Kerngebiet und die City anschließen. Mit der Fortführung nach Ahrensburg, Bargteheide und Bad Oldesloe wird sie Hamburg noch besser mit Schleswig-Holstein vernetzen. Die Bauarbeiten kommen gut voran, wir unterstützen den zügigen Weiterbau und die Inbetriebnahme der S-Bahn-Linie 4 vom Hamburger Hauptbahnhof nach Bad Oldesloe. Mit der S4 gewinnt unser Bezirk noch in dieser Legislaturperiode ein wichtiges Mobilitätsangebot für die Menschen in Rahlstedt und im Wandsbeker Kerngebiet. Die Arbeiten wollen wir durch die Schaffung zusätzlicher Mobilitätsangebote an den Haltestellen sowie durch ein neues P+R-Haus am Bahnhof Tonndorf positiv begleiten. Die S4 soll in einem deutlich dichteren Takt verkehren als die heutige Regionalbahn-Linie RB 81.
- Die lang ersehnte und schon lange versprochene U-Bahn für Steilshoop und Bramfeld wird endlich gebaut. Die U5 kommt. Wir bekennen uns zum U-Bahn-Linien-Ausbau in Wandsbek und freuen uns, dass nach jahrzehntelanger Diskussion die Bauarbeiten für die Schnellbahnanbindung endlich begonnen haben. Die vorgesehene Aufnahme des Fahrgastbetriebs darf sich nicht verzögern. Auch hier wollen wir durch die Schaffung zusätzlicher Mobilitätsangebote sowie P+R-Häuser an den zukünftigen Haltestellen die Arbeiten positiv begleiten. Darüber hinaus bekennen wir uns zu einer perspektivischen Verlängerung der U5 über Bramfeld hinaus Richtung

Farmsen-Berne und Rahlstedt sowie der U4 nach Jenfeld. Für beide Verlängerungen halten wir Flächen frei.

- Wir setzen uns ein für einen barrierefreien ÖPNV. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die barrierefreie Herstellung der Schnellbahnhaltestellen im Bezirk und wollen perspektivisch alle Bushaltestellen in Wandsbek mit Leitsystemen bzw. Leitstreifen für Menschen mit Sehbehinderung ausstatten. An jeder Haltestelle oder in direkter Nähe muss es eine Sitzgelegenheit geben. Bei Umleitungen, Sperrungen oder Baustellen muss die Barrierefreiheit der alternativen Routen mitgedacht werden. Sollte diese in Ausnahmefällen nicht gewährleistet werden können, muss darüber frühzeitig und großflächig informiert werden.
- Fahrradfahren in Wandsbek soll Spaß machen und sicher sein, daher setzen wir uns für Ampeltrittbretter sowie an geeigneten Stellen für eigene Lichtsignale wie etwa grüne Pfeile für rechtsabbiegende Radfahrerinnen und Radfahrer ein. Im öffentlichen Raum wollen wir insbesondere an Ausflugszielen im Bezirk bedarfsgerecht Fahrradbügel schaffen sowie das Bike&Ride-Konzept an allen U- und S-Bahnhaltestellen weiter umsetzen. Darüber hinaus werden wir uns für den weiteren Ausbau des StadtRad-Angebotes in Wandsbek einsetzen.
- Die Sicherheit von Schulwegen ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen Schulwege, die sowohl zu Fuß als auch mit dem Fahrrad sicher genutzt werden können. Dazu gehören für uns die ausreichende Beleuchtung von Schulwegen, weitere Dialogdisplays, „Laufbusse“ statt Elterntaxis sowie, wo nötig, bauliche Maßnahmen für den Fuß- und Radverkehr der Schülerinnen und Schüler im Schulumfeld.
- Wir setzen uns dafür ein, bei Erneuerungen oder Errichtungen von Ampeln zukünftig auf intelligente Ampelschaltungsanlagen umzurüsten, um Verkehre perspektivisch bedarfsorientiert zu steuern. Wo nötig, wollen wir Straßenübergänge vermehrt mit Querungshilfen und Leitelementen ausstatten.
- Das Fachamt Management des öffentlichen Raums (MR) muss zur Sanierung von Fahrbahnen, Radwegen, Fußwegen und Nebenflächen solide ausfinanziert werden. Das Fahrbahnsanierungsprogramm für Bezirksstraßen wollen wir ebenso wie die Sanierung von Fuß- und Radwegen nach dem Grundsatz des Erhaltungsmanagements auf hohem Niveau fortsetzen. Um die eigenen Kapazitäten im Bezirk zu schonen, wollen wir zukünftig verhindern, dass Projekte vom LSBG (Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer) und der BVM (Behörde für Verkehr und Mobilitätswende) durch das MR übernommen werden.
- Wir wollen, dass in Wandsbek auch weiterhin ein regelmäßiger kommerzieller Fernbuslinienbetrieb – insbesondere zur Entlastung des zentralen Omnibusbahnhofs am Hauptbahnhof – stattfinden kann. Hierzu soll die Haltestelle am Puvogel-Garten als Standort für einen Fernbuslinienhalt geprüft werden.

Vorrangige Maßnahmen

Die Koalitionspartner bewerten die von den zuständigen Landesbehörden geplanten Baumaßnahmen auf der Rodigallee unterschiedlich und haben im Rahmen der Koalitionsverhandlungen verschiedene Varianten zum bestmöglichen Erhalt der Leistungsfähigkeit der Rodigallee für alle Verkehrsteilnehmer geprüft. Vor dem Hintergrund des erreichten Planungsstandes mit dem Ziel einer Dreispurigkeit, dessen grundlegende Änderung mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe verbunden wäre, wird folgende Planungsänderung als Kompromiss vereinbart, die eine deutlich stärkere Berücksichtigung des MIV sicherstellt:

1. Es wird eine digitale Verkehrssteuerung installiert. Für jeden Fall der Überlastung in Gestalt von mindestens stark stockendem Verkehr auf der Rodigallee wird die dritte Fahrspur/Busspur stadteinwärts für den allgemeinen Verkehr freigegeben.
 2. Im Übrigen wird die geplante Busspur ohne zeitliche Einschränkung für E-Autos freigegeben. Das wäre vermutlich der erste Anwendungsfall Deutschlands auf Grundlage der neuen Straßenverkehrsordnung.
 3. Diese Spur wird zusätzlich ohne zeitliche Einschränkungen für Fahrzeuge mit mindestens drei Personen freigegeben. Das wäre vermutlich die erste Car-Pool Lane Deutschlands auf Grundlage der neuen Straßenverkehrsordnung.
- Wir setzen uns gegenüber der zuständigen Landesebene für einen besseren Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer auf der Steilshooper Allee während der Bauzeit der U5-Baustelle und im Anschluss ein.
 - Wir setzen uns ein für eine pragmatische Ausweitung der Service-Lösung (Radfahrer dürfen wahlweise auch auf dem Gehweg fahren) an geeigneten Stellen im Bezirk und werden für gegenseitigen Respekt der Verkehrsteilnehmer, etwa im Rahmen der Verkehrs- und Mobilitätserziehung an Schulen, werben. Bei Straßenbauplanungen (z.B. Lemsahler Landstraße) setzen wir uns dafür ein, dass vorhandene Service-Lösungen erhalten bleiben, sofern nicht sogar separate Radwege gebaut werden können. Dabei ist uns bewusst, dass eine Service-Lösung keinen Radweg ersetzt, sondern eine Alternative dort ist, wo aktuell keine Radwege vorhanden oder umsetzbar sind.
 - Wir werden uns entsprechend auf der zuständigen Landesebene für eine Überarbeitung der Restra (Hamburger Regelwerke für Planung und Entwurf von Stadtstraßen) einsetzen, insbesondere um an mehr Stellen als bisher die Service-Lösung (wieder) zu ermöglichen. Außerdem soll die Überarbeitung der Restra in Zukunft wieder verstärkt ermöglichen, Radwege in den Nebenflächen zu planen und zu bauen. Der Bezirk wird sein Ermessen hinsichtlich der Anwendung der Restra stärker ausüben.
 - Wir werden die bezirkliche Baustellenkoordination in Abstimmung mit der landesweiten Baustellenkoordination optimieren, damit alle Straßenbaumaßnahmen rechtzeitig koordiniert werden und Baustellen besser aufeinander abgestimmt und breit und auf allen zur Verfügung stehenden Wegen kommuniziert werden. Darüber hinaus soll zukünftig vermehrt auch auf

den Zweck bzw. die geplante Verbesserung durch die Baustelle hingewiesen werden. Ziel der Koalition ist eine möglichst geringe Beeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer. Für Baustellen mit ggf. überörtlichen Auswirkungen verbessern wir die gemeinsame Abstimmung mit anliegenden Kommunen in Schleswig-Holstein.

- Wir werden bei Maßnahmen im Quartier und im Straßenraum den notwendigen Erhalt von Parkplätzen in der Abwägung zukünftig stärker gewichten und andere Parkplatz-Ressourcen (z.B. Teile von P+R-Häusern, nicht voll ausgelastete Parkhäuser öffentlicher oder privater Unternehmen) vermehrt teilweise auch als Quartiersgaragen oder als Parkplätze zur Unterstützung von Orts- und Nahversorgungszentren nutzen.

Konkrete Maßnahmen:

1. Um an einigen Stellen im Bezirk die Parksituation zu entschärfen, schaffen wir auf Basis einer Stellplatz- und Auslastungs-Analyse in P+R-Häusern Stellplatz-Kapazitäten für Kurzparker und Anwohner. Hierfür kommen folgende P+R-Häuser in Betracht: Berne, Meiendorfer Weg, Poppenbüttel-Parkhaus, Rahlstedt, Trabrennbahn und Volksdorf.
 2. Teile der Parkplätze der Hamburg Verkehrsanlagen GmbH (Am Neumarkt) sollen im Sinne einer Quartiersgarage für Anwohner freigegeben werden.
 3. Um den Stellplatzbedarf im Kerngebiet flexibler abzudecken, werden wir Lösungen mit Parkhaus-Eigentümern entwickeln, um die ungenutzten Stellplatzangebote einer erweiterten Nutzergruppe bedarfsgerecht öffentlich zugänglich zu machen. Den Parkplatz am Bahnhof Hasselbrook wollen wir nach abgeschlossenen Bauarbeiten erhalten.
 4. Wir wollen prüfen, ob Parkhäuser im Bramfelder Ortskern rund um den neuen U-Bahnhof zu P+R-Häusern per Anmietung umgewandelt werden können.
 5. Um die Parkraumsituation für die Gewerbetreibenden im Frahmredder zu verbessern, streben wir an, die Parkplätze vor den Hausnummern 1, 9 und 11 wiederherzustellen.
- Um die aktuelle Situation für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu verbessern, setzen wir uns für eine Grundinstandsetzung der Walddorfer Straße unter Einbindung der Gewerbetreibenden, Anwohnenden sowie Initiativen ein.
 - Wir setzen uns ein für eine Angebotsoffensive des ÖPNV mit Taktverdichtungen sowie der Schließung von Lücken im Busliniennetz im gesamten Bezirk und wollen dabei die Anbindung peripherer Stadtteile wie etwa Duvenstedt und diejenige von Naherholungsgebieten stärken. Wir wollen den Metrobus 27 von der S-Bahn-Station Wellingsbüttel zur S-Bahn-Station Poppenbüttel verlängern sowie einen ganztägigen 5-Minuten Takt von Montag bis Samstag auch auf dem Abschnitt Farmsen-Volksdorf erreichen. Darüber hinaus sprechen wir uns für einen Landesgrenzen-überschreitenden Ausbau des ÖPNV-Angebots in Abstimmung mit den umliegenden Kreisen aus, um

hierdurch eine stärkere Verringerung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs am Pendelverkehr zu ermöglichen.

- Wir unterstützen den Einsatz von neuen autonomen On-Demand- und Linienverkehren sowie den Ausbau von Car-Sharing-Diensten, um im Wandsbeker Randgebiet entsprechende Lücken zu schließen. Wir sprechen uns für die Durchführung eines Pilotbetriebs in unserem Bezirk aus: Innerhalb eines Bedienungsgebietes soll die Nutzung des On-Demand-Angebotes in das Tarifangebot des HVV integriert werden und das bestehende Busnetz sinnvoll ergänzen. Hierbei bietet sich insbesondere Ab- und Zubringerverkehr von und zu Schnellbahnstationen an.

Sofort-Programm für Wandsbek

Die beteiligten Parteien verständigen sich darauf, die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen innerhalb eines Zeitraums von maximal 100 Tagen nach Abschluss des Koalitionsvertrages umzusetzen. Zu Jahresbeginn 2025 werden die Parteien die erzielten Fortschritte und einen ggf. bestehenden Nachsteuerungsbedarf erörtern.

Die entsprechenden Maßnahmen:

1. Um die lokale Parksituation zu verbessern, werden an fünf Stellen die bestehenden Poller und Eichenspaltpfähle entfernt und PKW-Stellplätze wiederhergestellt. Wir wollen hier die vorhandenen Nebenflächen durch Anordnung mit Verkehrszeichen 315 „Parken auf Gehwegen“ freigeben und dadurch den Parkraum erweitern. Sollte das aus Rechtsgründen an diesen Stellen nicht möglich sein, werden neue Stellen identifiziert und/oder es werden mit Änderung des MR-Arbeitsprogramms in Abstimmung mit der unteren Straßenverkehrsbehörde neue Stellplätze geschaffen.
2. Für die Verbesserung der Attraktivität des Fahrradfahrens, insbesondere für Schulkinder, werden wir die Service-Lösung, d.h. Radfahren auf dem Gehweg, an fünf Stellen wieder einführen. Sollte das aus Rechtsgründen an einzelnen Stellen nicht möglich sein, werden neue Stellen identifiziert und/oder es werden mit Änderung des MR-Arbeitsprogramms in Abstimmung mit der unteren Straßenverkehrsbehörde an geeigneten Stellen neue verkehrliche Maßnahmen eingeleitet, die alle Verkehrsteilnehmer besser berücksichtigen.
3. Um mit den Anwohnern, Gewerbetreibenden und Bürgerinitiativen eine gemeinsame Lösung für die aktuelle und zukünftige Verkehrssituation vor Ort für alle Mobilitätsbedürfnisse zu finden, werden wir einen Runden Tisch „Eckerkoppel“ einsetzen. Die Einführung einer temporären oder endgültigen Fahrradstraße wird von den möglichen Koalitionspartnern nicht als Lösung für die Anforderungen vor Ort gesehen.
4. Um Anwohner und Bezirkspolitik frühzeitig in geplante Veränderungsmaßnahmen einzubinden, werden wir einen

Zustimmungsvorbehalt der Bezirksversammlung (verpflichtend, soweit rechtlich bezirklicher Ermessensspielraum besteht) vor Umsetzung im entsprechenden Ausschuss der Bezirksversammlung bei der Einrichtung oder Abschaffung von Service-Lösungen auf Gehwegen, bei der Einrichtung neuer Bushaltestellen und der Veränderung von bestehenden Bushaltestellen sowie bei der Aufstellung von Fahrradbügeln, Eichenspaltpfählen oder Pollern einführen. Soweit rechtlich kein bezirklicher Ermessensspielraum besteht, ist mindestens ein Beteiligungsvorbehalt vor Umsetzung vorzusehen.

5. Wir erhalten die Sechsspurigkeit der Wandsbeker Chaussee und die Vierspurigkeit des Berner Heerwegs für den Wirtschaftsverkehr, den motorisierten Individualverkehr und für den ÖPNV und werden die Instandsetzung und Sanierung der Rad- und Gehwege auf den Verkehrsnebenflächen einleiten. Ein weiterer Rückbau sowie eine Verengung von Fahrspuren erfolgen mit dem Ziel des Erhalts eines bestmöglichen Verkehrsflusses und zur Vermeidung von Umweltbelastungen durch Stau nicht. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Baumaßnahmen und Sperrungen der Deutschen Bahn auf der Vogelfluglinie und dem Bedarf dieser Straßen als Ausweichstrecken.
6. Die Nutzung anderer Parkplatz-Ressourcen (z.B. Teile von P+R-Häusern, nicht voll ausgelastete Parkhäuser öffentlicher oder privater Unternehmen), teilweise auch als Quartiersgaragen oder als Parkplätze zur Unterstützung von Orts- und Nahversorgungszentren hat für uns Priorität: In den ersten 100 Tagen sollen erste Fortschritte bereits sichtbar werden und in einem ersten Schritt mindestens 300 Parkplätze einem erweiterten Nutzerkreis zur Verfügung stehen.
7. Wir wollen die Verkehrssituation rund um das Schulzentrum Volksdorf in den Straßenzügen Ahrensburger Weg und Im Allhorn für alle Verkehrsteilnehmer sicherer gestalten und insbesondere die Möglichkeit der Einführung einer Schulstraße prüfen sowie weitere geeignete Maßnahmen berücksichtigen.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Grundsätze

Die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt und beim Wohnungsbau erzwingt eine klare Vorfahrt für den Wohnungsbau in Wandsbek. Diesem Ziel fühlen sich die drei Parteien verpflichtet. In Verhandlungen mit Investoren ist es Ziel, Wohnungsbauprojekte möglich zu machen und nicht mit überzogenen Anforderungen zu verhindern. Den Koalitionspartnern ist es ein Anliegen, Grünflächen zu erhalten und zu schützen – daher ist Nachverdichtung im Bestand vorrangig und das Mittel der Wahl.

Unsere Ziele:

- Um den Bau bezahlbarer Wohnungen durch private, genossenschaftliche und öffentliche Investoren zu vereinfachen, werden wir in allen Fällen sachliche und konsensorientierte Lösungen anstreben, das jeweilige örtliche Umfeld weiterentwickeln und – wo möglich und in übergeordnetem Interesse sinnvoll – auf gewachsene Strukturen respektvoll Rücksicht nehmen.
- Um mehr Wohnungsbau in Wandsbek zu ermöglichen, werden wir die gesetzlichen Vorschriften für das Bauen im Bezirk pragmatisch im Sinne der Aufwand- und Kostenreduktion für alle Beteiligten interpretieren und die landes-, bundes- und europarechtlichen Vorgaben grundsätzlich nicht durch weitere bezirkliche Auflagen erhöhen. Abweichungen werden in begründeten Einzelfällen zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt.
- Wir werden in Wandsbek in dieser Wahlperiode keine weiteren Gebiete mit Sozialer Erhaltungsverordnung über das Gebiet in Eilbek hinaus in Betracht ziehen und planen.
- Um sowohl dem Klimaschutz als auch Kosten- und Effektivitätsgesichtspunkten Rechnung zu tragen, werden wir die bestehenden landes-, bundes- und europarechtlichen Vorgaben und Standards erfüllen (vgl. KfW-55).
- Wir werden in Wandsbek für den Wohnungsbau weiterhin alle Bautypen (Mehrfamilienhäuser, Reihenhäuser, freistehende Einfamilienhäuser) zulassen und in den entsprechenden Bebauungsplänen vorsehen.
- Um in Wandsbek den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen, ist bei Wohnungsbauprojekten ab 30 Wohneinheiten der Drittelmix (ein Drittel öffentlich geförderte Mietwohnungen, ein Drittel frei finanzierte Mietwohnungen, ein Drittel Eigentumswohnungen) grundsätzlich Richtschnur unseres planerischen Handelns. Aus Gründen der Stadtentwicklung kann im Einzelfall eine andere Schwerpunktsetzung geboten sein.
- Wir werden die Anzahl der PKW-Stellplätze an den Gegebenheiten vor Ort orientieren, wobei wir den Stellplatzschlüssel 0,8 als Richtschnur nehmen. Abweichungen sind bei Neuplanungen jeweils fachlich zu begründen und stehen unter Vorbehalt der Zustimmung des zuständigen Fachausschusses.
- Um der zunehmenden Anzahl von älteren, auch alleinstehenden Mitbürgern gerecht zu werden, werden wir in größerem Umfang als bisher kleinere Wohnungen sowie für alternative Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenhäuser und Wohngemeinschaften geeignete Wohnbebauung bei den Planungen vorsehen. Letztere kommen auch den besonderen Anforderungen der wachsenden Anzahl an pflegebedürftigen und/oder mit Behinderungen lebenden Menschen mit Bedarf nach betreutem Wohnen zugute.

- Es soll Angebote unterschiedlicher Wohnungsgrößen und -formen geben, um nicht zuletzt die besonderen Anforderungen von Familien zu berücksichtigen.
- Zudem setzen wir uns ein für einen guten Wohnungsmix auch innerhalb von Gebäuden. Wir wollen, dass bei Wohnungsbauten attraktive Vorhaben entstehen, die sowohl in den Wohnungen als auch im Freiraum den Menschen eine hohe Aufenthalts- und Lebensqualität bieten. In diesem Zusammenhang sind die Bedürfnisse der Menschen in den Quartieren zwingend zu berücksichtigen.
- Bei allen neuen Wohnungsbauprojekten werden wir weiterhin darauf achten, dass die soziale und verkehrliche Infrastruktur mitwächst. Ebenso achten wir darauf, dass die Qualität der Grünflächen und Freiräume bei einer Verdichtung weiterhin erhalten oder verbessert wird.
- Bei allen städtebaulichen Veränderungsprozessen stehen wir für eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ein. Je nach geplantem Bauvorhaben stehen dafür unterschiedliche Formen der Einbindung zur Verfügung – von Runden Tischen bis zu öffentlichen Plandiskussionen. Um die Interessen gerecht zu diskutieren, sollen diese Einbindungsmaßnahmen erstens adressengerecht aufbereitet und zweitens fair moderiert werden, um auch eher schüchternen Teilnehmerinnen und Teilnehmern das geschützte Einbringen ihrer Interessen zu ermöglichen. Wir möchten die Öffentlichkeit ermuntern, sich aktiv einzubringen und die zukünftigen Entwicklungen mitzugestalten. Bürgerbeteiligung bei bedeutsamen Stadtentwicklungsprojekten soll auch über das baugesetzliche Maß hinaus ermöglicht werden, vor allem frühzeitig in der konzeptionellen Phase.
- Wir stehen ein für die Schaffung und den Erhalt von bezahlbarem, attraktivem und klimagerechtem Wohnraum sowie für eine positive Weiterentwicklung der Quartiere.
- Wertvolle Landschaftsräume der Stadt wollen wir schützen. Neubebauungen sollen sich in das Umfeld einfügen, gewachsene Strukturen behutsam weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns in der Stadtentwicklung im Einzelnen für folgende Ziele ein:

- Flächenpotenziale besser nutzen, Flächenversiegelung entgegenwirken oder minimieren, Flächen möglichst entsiegeln oder effiziente Nutzung von Flächen mit Hochbau (z.B. Gewerbe im Bestand aufstocken, im Gewerbeneubau stapeln und Mischnutzungen fördern);
- Lösungen für den Wohnflächenbedarf pro Kopf fördern, z.B. durch mehr kompakte und flexible Grundrisse, Wohnungstausch einfacher machen und entsprechende Prozesse vorantreiben;
- Förderung von Baugemeinschaften, gemeinschaftlichen Wohnprojekten und Schaffung von gemeinschaftlichem Wohneigentum, Realisierung mindestens

eines Wohnungsbauprojektes im Rahmen einer privaten Baugemeinschaft und verstärkte Kooperation mit der “Agentur für Baugemeinschaften”;

- Gestaltung von Gebäuden, darunter attraktive Architektur und einladender Städtebau bei Gebäudeform, Fassaden und Dächern, sowie Förderung der Baukultur durch Diskurs zur Steigerung der Gestaltungsqualität;
- Erhalt des städtebaulich typischen Charakters der Stadtteile und Quartiere sowie Schutz der stadtbildprägenden Backsteinfassaden durch Sanierungen oder Neubau;
- mehr Wohnungen für Studierende und Auszubildende. Viele junge Menschen sind auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum und einer guten Verkehrsanbindung in städtische Zentren. Mit dem Bau der S4 und weiteren Verbesserungen des ÖPNV in unserem Bezirk wird daher insbesondere das Wandsbeker Kerngebiet bis nach Rahlstedt für junge Menschen noch attraktiver werden, was wir mit unserer Wohnungsbaupolitik entsprechend unterstützen.
- Gezielt Wohnformen für Auszubildende (z.B. Wohnheime) umsetzen oder diese in größere Wohnungsbauvorhaben integrieren (gem. IFB-Richtlinie). Dies sehen wir als eine sinnvolle Maßnahme, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken sowie die Wohnungssituation für Auszubildende zu verbessern, dabei streben wir einen Austausch mit Betreibern an.
- Mehr seniorengerechte Wohnungen – in möglichst bedarfsgerechter Größe und Ausstattung, da Senioren keine homogene Gruppe darstellen und altersgerechte Bedarfe zwischen Pflegebedürftigkeit und körperlich aktiver Lebensgestaltung berücksichtigt sein sollen;
- Barrierefreiheit fördern, auch über das gesetzliche Maß hinaus – was nicht nur Menschen mit Behinderungen zugutekommt, sondern beispielsweise auch Kleinkind-Familien;
- Generationsübergreifende Wohnformen fördern, z.B. Mehrgenerationenwohnen, Wohngruppen für Menschen mit Demenz, inklusive Wohnformen;
- Beleuchtung für frequentierte Wege in den Abendstunden. Je nach örtlicher Begebenheit, etwa in der dunklen Jahreszeit, kann dies energiesparend in der Zeit von 17 bis 22 Uhr bzw. mittels Bewegungsmeldern zeitlich begrenzt werden. Hierbei wollen wir auf eine insektenfreundliche Beleuchtung setzen.
- Neuentwicklung von Nahversorgungszentren kombiniert mit Wohnungsbau; positives Beispiel Spitzbergenweg, künftig auch Ortszentrum Großlohe und Berliner Platz;
- Einkaufszentren Steilshoop und Jenfeld sowie deren Umgebung aufwerten;
- Magistralenentwicklung fördern, neue Potentiale nutzen / Ausnutzung der Potentiale an Magistralen;

- Flächentausch sowie Neuordnung von Flächen unterstützen und angehen, bessere Ausnutzung von Gewerbeflächen durch "Stapelung" oder ggf. Verlagerungen;
- Wettbewerbe und kooperative Verfahren (Städtebau wie Architektur) als Instrument der Stadtentwicklung stärken;
- eine gute und soziale Durchmischung der Stadtteile und Quartiere zur Verbesserung der Lebensqualität im Wohnumfeld und zur Vermeidung von ungünstigen Schwerpunktentwicklungen; der Anteil von sozial geförderten Wohnungen kann hierbei ebenso eine Stellschraube sein wie der Anteil an frei errichtetem Wohnraum.
- Unterstützung für den „Vertrag für Hamburgs Wohnungsbau“ und das „Bündnis für das Wohnen“: Wir wollen perspektivisch wieder mindestens 1.500 neue Wohneinheiten pro Jahr genehmigen.
- Die Koalitionspartner haben teilweise unterschiedliche Auffassungen über die Bodenpolitik auf Landesebene. Stadtentwicklungspolitisch erteilte Vorkaufrechtsaufträge aus dem Bezirk sollen grundsätzlich auf relevante Schlüsselgrundstücke und notwendige strategische Flächenarrondierungen beschränkt bleiben. Das flächendeckende Aufkaufen von Einfamilienhaus-Grundstücken ist vor diesem Hintergrund nicht zielführend.
- Wenn öffentliche Grundstücke im Bezirk Wandsbek vergeben werden, setzen wir uns im Rahmen einer diskriminierungsfreien Grundstücksvergabe auf Basis von Konzeptausschreibungen dafür ein, dass insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften, solide private Bestandhalter und Baugemeinschaften zum Zuge kommen.
- Förderung des Wohnungsneubaus für vordringlich Wohnungssuchende; gute soziale Durchmischung beachten und ermöglichen (auch innerhalb der Bauvorhaben).
- Durch gezielte Schaffung von Belegungsbindungen für von Obdachlosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen auch im Bezirk Wandsbek einen Beitrag leisten.
- Wohnraum vor Missbrauch (z.B. Gewerbe) und vermeidbarem Leerstand schützen;
- Erleichterungen des „Bau-Turbos“ (§ 246e BauGB) nutzen;
- Entlang von Hauptverkehrsstraßen, Bahntrassen, Verkehrsknotenpunkten und im Umfeld von Bahnstationen grundsätzlich eine höhere Bebauung als bisher erreichen;
- Beschleunigung der Bauantragsbearbeitung. Ziel ist die Prüfung jedes Bauantrages auf Vollständigkeit seitens der Verwaltung innerhalb von fünf

Wochen und eine entsprechende Information an den Antragsteller, ob noch Unterlagen fehlen.

- Bessere Beratung für Antragsteller zur Beschleunigung des Bauantragsverfahrens durch Angebot eines telefonischen Beratungstermines innerhalb von drei Monaten nach Übermittlung eines Vorbescheides;
- Unterstützung von Prüfungen auf Landesebene, um für besonders nachgefragte Gebiete und konkrete Vorhaben die Zielgenauigkeit der Förderung und ihrer Förderberechtigung über die Förderdauer beurteilen und politisch begleiten zu können;
- Wohneigentum fördern. Die Förderung von Wohneigentum ist den drei Koalitionspartnern ein wichtiges Anliegen. Bei geeigneten Wohnungsbauvorhaben wollen wir daher gezielte Akzente auch zur Eigentumsbildung setzen. Eine gute IFB- und KfW-Förderung kann die Eigentumsbildung unterstützen. Zu guten Rahmenbedingungen gehört auch, die Grunderwerbsteuer durch eine Öffnungsklausel auf Bundesebene z.B. für den familiären Ersterwerb deutlich zu ermäßigen – dafür setzen wir uns ein.
- Bevorzugung von Kleinwohnungen und Wohngemeinschafts-Angeboten gegenüber sogenannten Mikro-Apartments, die häufig eine ungesunde Mischung aus stark beengter Wohnqualität und überhöhten Mietpreisen darstellen und einem „Nutzer-Hopping“ Vorschub leisten.
- Wir wollen mehr temporäre Lieferzonen und Kurzzeitparkplätze ausweisen, Quartiersgaragen und Mobility-Hubs fördern, Multifunktionsflächen schaffen (Parkraum/Gemeinschaftsflächen), Elektromobilität und Ladeinfrastruktur für Kfz und Fahrräder fördern sowie die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Wirtschaftsverkehrs berücksichtigen.
- Unterscheidung der Auto-Bedarfe innerer und äußerer Stadt: Wo Menschen aufgrund fehlender Alternativen mehr auf das Auto angewiesen sind, werden wir das entsprechend berücksichtigen.

Wir wollen die soziale Infrastruktur bei Bauvorhaben und stadtplanerischen Konzepten mitdenken:

- mitwachsende und auf den geänderten Bedarf angepasste soziale Infrastruktur wie beispielsweise im Bereich Kitas und Schulen, Familienhilfe, Seniorentreffs, Kulturangebote, Sportanlagen, Spielplätze, sichere Schulwege, attraktive öffentliche Plätze, ÖPNV, Workspace für Homeoffice etc.;
- Attraktivität und Lebensqualität in den Quartieren erhöhen, Angebote für Nahversorgung, Soziales, Gastronomie, Kultur berücksichtigen;
- Förderung von Dachnutzungen zur Sport- und Freizeitnutzung: Wo möglich, soll jedes Dach eine sinnvolle, ergänzende Nutzung erhalten. Neben Gründächern und Photovoltaik können dies auch Aufenthaltsflächen für soziale Nutzungen (z.B. Kitas, Sport, Gärten) sein.

- Förderung von Gemeinschaftsräumen und Multifunktionsflächen im Wohnungsbau. Die Schaffung von Gemeinschaftsflächen bei geeigneten Wohnungsbauprojekten (z.B. als Lese-, Musik-, Hobby-, Event- oder Sportraum) soll im Dialog mit den Investoren geprüft werden.
- Wohnen und Arbeiten zusammenführen, Mischgebiete und urbane Räume gestalten.

Regionale Ziele:

- Wir wollen die städtebaulichen Potentiale insbesondere um die neuen S4-Haltestellen in Tonndorf, Holstenhofweg und Pulverhof nutzen: Kurz- und mittelfristig können hier deutlich mehr als 500 Wohneinheiten entstehen, langfristig bestehen weitere Potentiale. Die bereits fortgeschrittenen Planungen für eine urbane Mitte im Zentrum Tonndorfs mit über 300 Wohneinheiten werden unterstützt; mit der zusätzlichen Teilnutzung des neuen P+R-Hauses mit 250 Stellplätzen auch als Quartiersgarage kann der notwendige Parkraum für das neue Zentrum hergestellt werden. An der Ziethenstraße direkt an der neuen Haltestelle Holstenhofweg könnten mit einer verdichteten Blockrandbebauung weitere 150 Wohneinheiten entstehen. Auch das bislang gewerblich genutzte Umfeld der zukünftigen S4-Station Pulverhof wollen wir für Geschosswohnungsbau weiterentwickeln – auch hier könnte eine dreistellige Zahl von Wohneinheiten entstehen.
- Wir setzen die Umgestaltung des Volksdorfer Ortskerns gemäß der gefundenen Kompromisse um. Ziel bleibt ein moderner und zukunftsfähiger Ortskern, der die Belange von Anwohnerinnen und Anwohnern, Kundinnen und Kunden sowie dem Einzelhandel und Gewerbe berücksichtigt.
- Wir stehen für den grundsätzlichen Erhalt der vorhandenen Baustruktur, insbesondere am Saseler Markt.
- Wir stehen für die Verdichtung von Wohn- und Gewerbeflächen entlang der Saseler Chaussee (Magistralenkonzept).
- Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Nahversorgungszentren Großlohe und Hegeneck neu gebaut und um dringend benötigte Wohnungen in den darüber liegenden Obergeschossen ergänzt werden.
- Am Wiesenredder wollen wir rund 180 Wohnungen bauen, die dort bislang verrohrte Stellau renaturieren und für die Naherholung nutzbar machen.
- Den bereits eingeleiteten Bebauungsplan Farmsen-Berne 39 (Lienaustraße/Berner Allee) wollen wir erfolgreich zum Abschluss bringen.
- Wir sehen als dringend und mit höchster Priorität umzusetzende Bauvorhaben an: Einkaufszentrum Steilshoop, Ortszentrum Berliner Platz, Brauhausstr./ Wandsbeker Marktstraße/Hammer Straße.

- Wir setzen uns ein für eine ebenso raschestmögliche Renovierung wie nachhaltig zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Wochenmarktfäche im Wandsbeker Kerngebiet.

Wirtschaft

Grundsätze

Wir wollen, dass der Bezirk Wandsbek ein starker und nachhaltiger Wirtschaftsstandort ist, mit einer vielfältigen Gewerbestruktur, einer guten Nahversorgung und bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen Wandsbek für die Menschen und Unternehmen gleichermaßen langfristig attraktiv gestalten. Für die Koalitionspartner gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand. Umwelt- und Klimapolitik sowie Wirtschaftspolitik schließen sich nicht aus. Wir stehen dafür ein, dass beide Seiten dieser Medaille in unserer Politik für den Bezirk Beachtung finden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Einsetzung eines eigenständigen Ausschusses für Wirtschaft in der Bezirksversammlung soll die Wichtigkeit des Anliegens der Wirtschaft in Wandsbek Rechnung tragen.
- Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und den Erhalt von vielfältigem Gewerbe soll bspw. durch ein ausreichendes Angebot an bezahlbarer Gewerbefläche erreicht werden. Dabei kann die Verdichtung z.B. durch Handwerkshöfe sowie die bessere Auslastung existierender, nicht genutzter Gewerbeflächen und eine bessere Nutzung bestehender Gewerbeflächen einen wichtigen Beitrag leisten. Flächennutzungspläne und B-Pläne sind gegebenenfalls zu überarbeiten, das Gewerbeflächenkonzept aus 2018 muss schnellstmöglich fortgeschrieben werden. Der Pop-Up-Designmarkt im Wandsbek Quarree soll erhalten bleiben. Wir unterstützen die Kreativen des Designmarktes im Wandsbek Quarree darin, eine Folgelösung zur Weiterführung zu finden.
- Die Förderung und Berücksichtigung von Kleingewerbe bei neuen Wohnungsbauprojekten soll für eine effiziente Nutzungsmischung sorgen.
- Eine aktivere bezirkliche Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung von Zukunftsbranchen sowie zur Förderung von Tourismus und Kulturwirtschaft halten wir für notwendig. Wir wünschen uns die Verstärkung des Angebotes zur Wirtschaftsförderung beim Bezirksamt für ansiedlungswillige Unternehmen. Dieses soll den Gründungs- und/oder Ansiedlungsprozess von Unternehmen aller Branchen betreuen, bei der Einhaltung behördlicher Vorschriften unterstützen und einen Überblick über die für die Wirtschaftsförderung zuständigen Stellen beim Bezirksamt und an anderen Stellen in der Stadt geben.
- Die Unterstützung gründungswilliger Unternehmer mit Migrationshintergrund soll durch Bereitstellung von Formular-Ausfüllhilfen (bspw. Fördermittelanträge), Informationsbroschüren und Beratungsangeboten

optimiert werden und neben Englisch auch in weiteren geläufigen Fremdsprachen zur Verfügung stehen.

- Wir wollen eine enge Abstimmung über Bezirks- und Stadtgrenzen hinaus und einen Dialog zwischen Wirtschaftsverbänden (Handwerks- und Handelskammer), Arbeitnehmervertretungen, Verwaltung und Bezirkspolitik fördern. Eine starke Vernetzung der Politik und Verwaltung mit den Wirtschaftsakteuren „vor Ort“ ist uns ein wichtiges Anliegen. Die gemeinsame Suche nach guten Lösungen mit den Interessengemeinschaften der lokalen Gewerbetreibenden und Unternehmen bedarf des ständigen Gedankenaustauschs. Das gemeinsame Ziel der örtlichen Akteure sowie von Politik und bezirklicher Wirtschaftsförderung muss es sein, einen attraktiven Wirtschaftsstandort zu schaffen und zu erhalten. Wir unterstützen daher Vereinigungen, die in den Stadtteilen die Interessen von Betrieben vertreten, wie beispielsweise BID Wandsbek (City Wandsbek e.V.).
- Wir wollen die Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern im Kreis Stormarn intensivieren. Das erste interkommunale Gewerbegebiet zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein an der Stapelfelder Straße hat sich in den letzten Jahren erfolgreich entwickelt und dient damit als Vorbild für weitere Vorhaben dieser Art.
- Geeignete Parkmöglichkeiten für Handwerksbetriebe und sonstige Dienstleistungsbetriebe müssen ausreichend zur Verfügung stehen. Hierzu werden wir die Einführung eines Handwerkerparkausweises nach dem Vorbild des Landes NRW forcieren. Dieser ist gedacht für Handwerksbetriebe und sonstige Dienstleistungsbetriebe, die regelmäßig Bau-, Reparatur- und Montagearbeiten außerhalb des eigenen Betriebes durchführen und deshalb spezielle Service- oder Werkstattfahrzeuge einsetzen oder schweres und umfangreiches Material transportieren müssen. Der Handwerkerparkausweis soll während der Durchführung von Handwerkerdiensten und Dienstleistungen das kostenfreie Parken auf gebührenpflichtigen und Anwohnerparkplätzen sowie im eingeschränkten Halteverbot ermöglichen. Zudem soll geprüft werden, wie die Erreichbarkeit für Kunden von Einzelhändlern, Gastronomen, ambulanten Pflegediensten und Anlieferverkehren sichergestellt werden kann. Des Weiteren soll geprüft werden, wie die Erreichbarkeit für Kunden von Einzelhändlern, Gastronomen, ambulanten Pflegediensten und Anlieferverkehren sichergestellt werden kann (z.B. durch Ausweisung von temporären Lieferzonen und Kurzzeitparkplätzen). Denn eine höhere Attraktivität für den lokalen Handel und das Gewerbe hängt wesentlich von seiner guten Erreichbarkeit über den ÖPNV, das Fahrrad, Fußgänger und den motorisierten Individualverkehr ab. Deshalb sind auch immer ausreichend Parkplätze und Fahrradabstellplätze, auch mit Kurzparkmöglichkeiten, für alle Verkehrsteilnehmer vorzusehen. Veränderungen an dieser Stelle sollen in Abstimmung mit den betroffenen Einzelhändlern vorgenommen werden.
- Wir setzen uns ein für die Förderung der Ansiedlung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen bei gleichzeitig geringem Flächenbedarf, für die unternehmerisches, soziales und ökologisches Handeln zusammengehört. Grundsätzlich streben wir Gebiete an, in denen Wohnen, Arbeiten und Freizeit gemeinsam gedacht werden.

- Bestehende Beratungsangebote zur Gebäudeenergieeffizienz zur Beratung und Unterstützung von Modernisierungsmaßnahmen sollen besser vernetzt und, wenn möglich, durch ortsnahe Angebote ergänzt werden.
- Regionale Feste sind nicht nur lokale Identifikationspunkte, sondern zugleich auch Anziehungspunkt für viele Menschen aus Wandsbek und anderen Bezirken. Die Organisatoren müssen ideell, organisatorisch und insbesondere durch den Abbau bürokratischer Hürden unterstützt werden. Ehrenamtliche Organisatoren sollen im Rahmen des Möglichen auch finanziell unterstützt werden.
- Die zwölf im Bezirk existierenden Wochenmärkte nehmen eine wichtige Aufgabe im Rahmen der lokalen Attraktivität und im Hinblick auf die Ergänzung des lokalen Einzelhandels wahr. Die Standgebühren und weiteren Kosten sollen die wirtschaftliche Belastbarkeit der Marktbesucher nicht überfordern, um das vielfältige Angebot zu erhalten. Das Bezirksamt soll Maßnahmen prüfen, die zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Wochenmärkte führen. Wir befürworten eine Erweiterung und Flexibilisierung der Wochenmarktzeiten. Märkte in den Nachmittags- oder Abendstunden sollen auch Berufstätigen die Möglichkeiten bieten, nach Feierabend frische Produkte aus der Region zu erwerben. Die Wochenmarktfläche im Wandsbeker Kerngebiet, hinter dem EKZ Quarree, wollen wir ertüchtigen und zu einem attraktiven und an allen Wochentagen beliebten und belebten Aufenthaltsort entwickeln. Wir wollen das Marktwesen attraktiv erhalten und werden deshalb die Rahmenbedingungen auf den Prüfstand stellen.
- Gemeinsam wollen wir mit dem Investor, dem auch das Quarree gehört, der Verwaltung und weiteren Beteiligten den historischen Einkaufsstandort Wandsbek Markt zu einem „Markt für alle“ mit neuen Nutzungen in die Zukunft entwickeln. Die geplante Neunutzung umfasst die Entwicklung von Bildungs- und Kultureinrichtungen, Praxen/Kanzleien, "Food Markets" sowie Wohnungen. Entsprechende Pläne und Ideen des Investors begleiten wir aufmerksam und unterstützend. Durch die Vergrößerung der Marktfläche um den südlichen Teil der Straße „Quarree“, mit neuem Marktmeisterhaus, einem Café und öffentlichen Toiletten wird eine Belebung des Platzes auch außerhalb der Marktzeiten ermöglicht.
- Wir wollen die Einführung einer „Wandsbek-Box“ nach dem Vorbild der „München-Box“ prüfen. In dicht bebauten Quartieren mit hohem Parkraumdruck sollen Anbieter-neutrale Paketboxen aufgestellt werden, in denen Pakete empfangen und für die zunehmenden Retouren-Sendungen auch versendet werden können. Die jeweilige „Wandsbek-Box“ soll fußläufig für alle Anlieger innerhalb eines Radius von ca. 500 Metern erreichbar sein und beispielsweise in der Nähe von Mobilitätshubs installiert werden. Wir streben hierzu eine Kooperation mit Supermarktbetreibern an, um öffentliche Flächen zu schonen und Parkplatzabbau zu vermeiden.
- Zu einem lebenswerten und attraktiven Bezirk gehört in allen Stadtteilen ein florierender Einzelhandel mit diversen Angeboten und Einzelhandelsformaten. Der zunehmende Online-Handel setzt den stationären Einzelhandel unter

Druck. Dies trifft insbesondere inhabergeführten Einzelhandel mit lokalen Angeboten, der sich – oft ersatzlos – zurückzieht. Mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bürgerinnen und Bürger kommt es zu immer mehr Einschränkungen im Bereich der individuellen Mobilität. Deshalb sind wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, über Supermärkte hinaus, umso wichtiger. Da die Zukunft des stationären Einzelhandels in der Kanalverbindung zwischen online und offline (Click & Collect) liegt, muss es ein niedrighschwelliges Ansiedlungskonzept für kleine und mittlere Einzelhandelsformate geben. Das bezirkliche Nahversorgungskonzept muss den aktuellen Herausforderungen und Gegebenheiten im Bezirk Wandsbek angepasst und schnellstmöglich fortgeschrieben werden.

- Mit seinen zahlreichen Naherholungs- und Naturschutzgebieten ist der Bezirk Wandsbek ein beliebtes Ziel für Tagesausflüge aus anderen Teilen der Stadt sowie dem Umland. Zur Stärkung des Freizeit- und Tourismusstandorts Wandsbek sowohl für Tages- als auch für Übernachtungsgäste sprechen wir uns für folgende Maßnahmen aus:
 1. eine bessere Anbindung der bestehenden Naherholungs- und Naturschutzgebiete durch den HVV,
 2. eine Erneuerung bestehender Wegeleitsysteme und Installation neuer Wegeleitsystemen für Fußgänger in Naherholungs- und Naturschutzgebieten sowie in den Stadtteilzentren. Dabei ist eine konsequente Zweisprachigkeit in deutscher und englischer Sprache vorzusehen,
 3. die Installation von Informationstafeln zu regionalen Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten.
- Wir setzen uns für eine stärkere Hervorhebung Wandsbeks als Ziel für in- und ausländische Gäste als Übernachtungsstandort für Geschäftsreisende und Touristen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hamburg Marketing GmbH ein. Weiterhin wirken wir auf der Landesebene darauf hin, dass die zum 01.01.2023 in Hamburg eingeführte Ausweitung der Kultur- und Tourismustaxe (KTT) auch für Übernachtungen, die für eine berufliche oder betriebliche Tätigkeit erforderlich sind, wieder zurückgenommen wird.
- Die Koalitionspartner begrüßen Angebote von Außengastronomie und wollen bürokratische Hemmnisse minimieren. Zur Aufwertung des gastronomischen Angebots im Bezirk wünschen wir uns von der Bezirksverwaltung eine schnelle Bearbeitung von Genehmigungsanfragen und, wo immer möglich, die Erteilung einer längerfristigen Erlaubnis.
- Neben den zahlreichen Parks, Landschafts- und Naturschutzgebieten sind es insbesondere die im Alstertal, in den Walddörfern und in Rahlstedt verbliebenen landwirtschaftlichen und Gartenbaubetriebe sowie der betreute Landeswald, die den lebenswerten Landschaftsraum des Bezirkes prägen. Gegenwärtig werden im Bezirk noch rund 2.540 ha als Agrarfläche genutzt. Wir wirken darauf hin, dass grundsätzlich die bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe, die Betriebe des Garten- und Landschaftsbaus, der Baumschulen und der Reiterhöfe im Bezirk erhalten bleiben. Wir werden

uns dafür einsetzen, dass die Freie und Hansestadt Hamburg möglichst langlaufende Pachtverträge mit Landwirten und Gartenbaubetrieben zur Nutzung von landwirtschaftlichen Betrieben abschließt, um für die betroffenen Betriebe Planungssicherheit zu schaffen, sofern diesem nicht dringende und übergeordnete Ziele der Siedlungsentwicklung entgegenstehen.

- Zusammen mit den örtlichen Reiterhöfen sowie unter Beteiligung des Landesverbandes der Reit- und Fahrvereine Hamburg e.V. soll geprüft werden, wie der Reitverkehr sicherer gestaltet werden kann und an welcher Stelle Anpassungen sowie Sanierungsmaßnahmen an der Reitwegeinfrastruktur erforderlich sind. Als Vorbild soll dabei die Freigabe der Brücke über den Tangstedter Graben in Duvenstedt für den Reitverkehr dienen.
- Wir stehen für die Aufwertung von Stadtteilzentren, den Kampf gegen Leerstand sowie Mischgebiete für kurze Wege zwischen Arbeit, Wohnen und Nahversorgung („15-Minuten-Stadt“). Wir setzen uns dafür ein, dass am Berliner Platz in Jenfeld, im Einkaufszentrum Steilshoop und im Einkaufszentrum Jenfeld gute Einkaufsmöglichkeiten, ein verbessertes Umfeld und eine ärztliche Versorgung sichergestellt werden. Das Nahversorgungskonzept des Bezirksamtes hat dabei aber auch die kleinräumige Versorgung in allen Ortsteilen der Stadtteile im Blick, also auch Ortsteile wie Tegelsberg oder Großlohe. Das wird weiterhin beim Aufstellen und Ändern von B-Plänen beachtet werden.
- Die Koalitionsfraktionen sind sich bewusst, dass Fortschritte in der kleinräumigen Versorgung im Falle von privaten Einkaufszentren immer nur gemeinsam mit dem jeweiligen Eigentümer möglich sind. Wir wollen alle Möglichkeiten mit den jeweiligen Beteiligten nutzen, um Verbesserungen im Sinne des Stadtteils und der Kundschaft zu erreichen. Die RISE-Förderung kann hier Anreize für die Quartiersentwicklung insgesamt setzen, ohne privates Engagement wird es aber nicht gehen.

Wir wollen die Attraktivität in Ortsteilen bzw. auf Plätzen weiter steigern:

- Wir setzen uns für eine Wiedereinführung des "klassischen" Stadtteilfestes im Rahlstedter Ortskern im Sommer mit einem ansprechenden Bühnenprogramm und abwechslungsreichen gastronomischen Angeboten ein.
- Zur Belebung des Ortskerns befürworten wir einen klassischen Weihnachtsmarkt mit Angeboten für Jung und Alt. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass die Rahlstedter Winterterrassen zu einer festen Institution in der Vorweihnachtszeit werden. Wir möchten, dass die Rahlstedter wieder zahlreich und gerne zum Feiern und Flanieren ins Zentrum strömen.
- Damit Rahlstedt auch für Eltern und ihre Kinder wieder ein interessantes Ausflugs- und Einkaufsziel wird, setzen wir uns für mehr Spielmöglichkeiten im Bereich des Zentrums ein. So kann neben einzelnen Spielvorrichtungen auch ein Wasserspiel auf dem Platz an der Schweriner Straße integriert werden.

- Das Integrierte Entwicklungskonzept Jenfeld-Zentrum muss kontinuierlich und zügig weiterentwickelt werden, um die bisherigen Erfolge zu verstetigen. Dazu gehört nicht zuletzt eine Verschönerung der öffentlichen Flächen um das EKZ Jenfeld.
- Wir wollen prüfen, wie der Kanuverleih an der Poppenbütteler Schleuse unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte modernisiert werden kann und neue Angebote für die Gemeinschaft geschaffen werden können (z.B. Toilette, Kiosk, Tagungsräume, Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden).

Inneres und Sicherheit

Wir setzen einen besonderen Schwerpunkt bei der Sicherheit im öffentlichen Raum: Auf Straßen und Plätzen, in den Stadtteilzentren und an den Mobilitätshotspots, wie beispielsweise den Schnellbahnstationen und Bahnhöfen im Bezirk, sollen Anwohner, Passanten, Gewerbetreibende und Touristen jederzeit sicher sein. Hierzu wollen wir in den Stadtteilen vor Ort geeignete Maßnahmen unterstützen, die neben der Kriminalitätsbekämpfung insbesondere der Prävention dienen sollen und dabei das subjektive Sicherheitsempfinden in den Vordergrund stellen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Personalstärke unserer Polizei auch für eine höhere Polizeipräsenz an Kriminalitätsschwerpunkten, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden, in Wandsbek zu nutzen. Der im Bezirk Mitte für ganz Hamburg angedockte bezirkliche Ordnungsdienst muss gestärkt werden und mehr dezentrale Schwerpunkteinsätze auch in Wandsbek ermöglichen, um mehr Sicherheit und Sauberkeit, beispielsweise bei Veranstaltungen, an stark frequentierten Orten, in öffentlichen Parkanlagen und auf den Stadtteilplätzen, zu gewährleisten.

Wir setzen uns für die Ausweitung des Anwendungsbereichs der am Hamburger Hauptbahnhof eingesetzten Notruf-App „SafeNow“ zur Absendung eines „stillen Alarms“ an Sicherheitsdienste von Deutscher Bahn, Hochbahn und der Polizei an Schnellbahnhaltestellen auch in Wandsbek ein.

Die Reduzierung von Angsträumen, u.a. durch die Aufwertung von Straßenunterführungen durch bessere Beleuchtung und künstlerische Gestaltung der Wände, ist uns ein wichtiges Anliegen.

Die Wandsbek-Koalition wird die Bemühungen des zentralen Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz (ZKS) unterstützen, den Schutz der Bevölkerung vor Risiken aller Art zu verstärken und insgesamt die Stadt und ihre Infrastruktur resilienter zu machen. Bauliche und andere Maßnahmen, um die den Schutz vor Hochwasser, Überflutungen oder Starkregen sind eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist der Schutz im Falle größerer technischer Katastrophen (Brände, Unfälle etc.), bei denen auch die reibungslose Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen wie z.B. ASB, DLRG, DRK oder THW eine große Rolle spielt. Im Zuge der zunehmenden Bedrohung der digitalen Infrastruktur durch staatliche und nichtstaatliche Akteure bekommt auch ihr Schutz durch technische und andere Maßnahmen eine immer größere Bedeutung. Dessen sind sich die Koalitionsfraktionen bewusst und werden einschlägige Bemühungen unterstützen.

Soziales, Kinder, Jugendliche, Familien und Geflüchtete

Grundsätze

Ein lebenswertes Wandsbek für alle Altersgruppen, für Bürgerinnen und Bürger verschiedener Herkunft, in verschiedenen Lebenssituationen, mit und ohne Behinderung und in unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen: Das ist das gemeinsame Ziel der Koalitionspartner, das Einfluss hat auf die Themenkomplexe Stadtplanung, Mobilität, Umwelt, Wirtschaft, Flüchtlingsthemen Jugendhilfe und viele andere Schwerpunkte der Bezirkspolitik.

Die Koalitionspartner wollen das Miteinander fördern. Eine Spaltung der Gesellschaft in unterschiedliche Gruppen muss vermieden, bestehende Spaltungstendenzen müssen abgebaut und im Gegenzug das Miteinander ausgebaut, gefördert und als großes Thema der künftigen Bezirkspolitik benannt und gelebt werden.

Um dieses generationen- und gruppenübergreifende Miteinander zu fördern, setzen sich die Koalitionspartner beispielsweise ein für Mehrzweckeinrichtungen, die nicht nur der Kultur und der Bildung dienen, sondern auch dem gegenseitigen Austausch und dem aktiven Miteinander.

Der Gedanke eines „Dorfplatzes“ in jedem Stadtteil ist ein Weg, die Verbundenheit mit dem eigenen Umfeld wieder zu verstärken. Wochenmärkte, Nahversorgung und Gastronomie sind wichtige Bausteine für Identifikation und Mitverantwortung für Lebensqualität und ein gutes Miteinander. Die „Dorfplätze“ brauchen zudem mehr Bänke, öffentliche WCs sind wünschenswert. Zusätzlich begrüßen wir Initiativen, die gastronomische Angebote entwickeln, die auch einen Magnet-Charakter bieten und das Verweilen erleichtern.

Auch die soziale Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiger Faktor für den Abbau von Spaltung. Insofern soll es auch im Bereich Inklusion und Integration stadtteilbezogene Maßnahmen geben.

Zur Verhinderung von Obdachlosigkeit wollen wir die zuständigen Fachstellen stärken. Um Betroffene von Obdachlosigkeit nachhaltig zu unterstützen, sprechen wir uns für ein schnelles und unbürokratisches Vorgehen nach dem „Housing First“ Konzept aus. Ergänzend zu Housing First sind Beratungsstellen, Streetworker, Tagesangebote mit sanitären Anlagen und medizinischen Angeboten und andere Hilfsangebote zu erhalten, zu fördern und weiter auszubauen.

Stadtteilkonferenzen sollen in allen Stadtteilen gefördert und da neu entwickelt werden, wo es sie bisher nicht gibt. Als Schnittstelle mit der Bezirksverwaltung und der Bezirkspolitik sollen sie auch der verstärkten Bürgerbeteiligung dienen und offizielle Formate vorbereiten helfen. Auch Stadtteilstunden und Nachbarschaftsinitiativen tragen zum Miteinander bei und sollen gefördert werden.

Wir setzen uns dafür ein, weiterhin Gebiete im Bezirk Wandsbek in das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) zu bringen bzw. die Entwicklung fortzusetzen.

ALTERSGRUPPEN

Kinder

Eine vielfältige Betreuung, die sich als Bildungsangebot versteht und verschiedenste Fähigkeiten fördert, sowie Hilfe für Kinder und Jugendliche und ihre Familien hat höchste Priorität, da solche Angebote zur Verwirklichung von Chancengerechtigkeit maßgeblich beitragen. Dabei ist der Kinderschutz in allen Lebensbereichen als Querschnittsaufgabe sicherzustellen und mitzudenken.

Der wachsende Bedarf an Krippenplätzen und Kindertagesstätten - auch mit vielfältigen Schwerpunkten (z.B. Musik, Sport, Sprachen etc.) und in unterschiedlicher Trägerschaft - soll nicht an fehlenden Außenanlagen scheitern. Zudem setzen wir uns bei neu entstehenden Quartieren auch in Zukunft dafür ein, Räumlichkeiten für ein Kita- oder Kindertagespflege-Betreuungsangebot gleich mitzuplanen.

Die Weiterentwicklung von Kitas in Kinder- und Familienzentren wird unterstützt. Spielplätze müssen ausreichend vorhanden und in einem attraktiven Zustand sein.

Wir wollen Eltern auf die Gefahr des Missbrauchs von Fotos ihrer Kinder in sozialen Netzwerken aufmerksam machen – beispielsweise durch QR-Codes an Spielplätzen. Wie von der Bezirksversammlung Wandsbek beschlossen, soll dies im Rahmen eines Modellprojektes umgesetzt werden.

Familien, bei denen bei denen zu Hause kaum Deutsch gesprochen wird, benötigen zusätzliche Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache, durch möglichst frühzeitige Einbindung in Sportvereine, Förderung von ehrenamtlichen Sprachpatenschaften und Hausaufgabenhilfen und Deutschkursen für Erwachsene. Kinder soll möglichst frühzeitig der Zugang zu den Regelangeboten der Kindertagesbetreuung geebnet werden, um von der frühkindlicher Bildung zu profitieren.

Elementar für Kinder in einer „Wasserstadt“ wie Hamburg ist Schwimmunterricht, der sichergestellt werden muss. Dabei setzen wir uns ein für den Erhalt und Ausbau von Lehrschwimmbecken (z.B. im ehemaligen Berufsförderungswerk Farmsen) und Ausweitung von kindgerechten Zeiten für den Schwimmunterricht.

Jugendliche

Die Parteien setzen sich ein für Jugendhilfeangebote und gute Arbeitsbedingungen in jedem Stadtteil. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sind mindestens im bisherigen Umfang zu erhalten und, wo notwendig, auch vor dem Hintergrund wachsender Bevölkerung, bedarfsgerecht zu sanieren und auszubauen. Dort, wo freie Träger Tarifsteigerungen abbilden wollen und müssen, muss die Landesebene die bezirklichen Rahmen- und Zweckzuweisungen auch in Zukunft entsprechend verstärken. Hierzu ist sie auch gesetzlich verpflichtet.

Die Einrichtungen werden bei einer Sanierung kosteneffizient energetisch umgerüstet. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bei der Sanierung von Einrichtungen die Raumkapazitäten und die Diversität des Angebots mindestens

erhalten oder, wenn möglich, sogar erweitert werden. Der Neubau des Hauses der Jugend Großlohe und die Grundsanierung des Hauses der Jugend Bramfeld wurden in Angriff genommen. Für das Haus der Jugend Großlohe wurde eine Interimslösung eingerichtet. Wir setzen uns für eine dauerhafte Standortlösung ein. Das Haus der Jugend Bramfeld wird vollständig saniert, sodass alle bisherigen Angebote, von der eigenen Turnhalle bis zum Tonstudio, erhalten bleiben können. Die Bestandsaufnahme des Jugendhilfeausschusses zur energetischen Sanierung der Jugendhilfeeinrichtungen wird fortgesetzt. Sollte sich die Möglichkeit ergeben, dass eine neue Jugendhilfeeinrichtung entwickelt werden kann, werden wir uns dabei an dem Wandsbeker Algorithmus orientieren.

Wir setzen uns dafür ein, bei neu entstehenden Quartieren frühzeitig Räumlichkeiten für Angebote der Kindertagesbetreuung, Kindertagespflege und Jugendhilfe mitzuplanen. Deshalb wollen wir in Bebauungsplänen sicherstellen, dass die soziale Infrastruktur, wie Kindertagesstätten, Spielplätze, Azubi-Wohnen und Sportstätten, mitwächst. Das Quartiersentwicklungsprojekt Marie-Bautz-Weg fungiert dabei als Leuchtturmprojekt. In dieser Legislaturperiode sollen das Wohnen und das soziale Leben verstärkt gemeinsam gedacht werden, wobei sowohl ein neuer Standort für KiTa und auch ein Familienhilfezentrum entstehen werden. Der Bau weiterer Spielplätze, die Pflege grüner Plätze und die Etablierung von Spielstraßen haben aus jugendpolitischer Sicht weiterhin hohe Priorität für uns. Zudem wird die Weiterentwicklung von Kitas zu Kinder- und Familienzentren unterstützt.

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, die Familienangebote sowie die Schulen im Bezirk Wandsbek werden wir weiterhin für die Aufgabe der Integration von geflüchteten Menschen ausstatten. Angebote für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel im Saseler Park oder auf dem Spielplatz des Open Hus Molly (Spielhaus Farmsen), wollen wir zielgruppengerecht attraktiv halten, an neue Anforderungen anpassen und weiter ausbauen.

Angebote für queere Kinder und Jugendliche sollen in Wandsbek durch Weiterbildung des Personals der Jugendhilfe hinsichtlich der spezifischen Probleme dieser Kinder und Jugendlichen weiterentwickelt werden. Zudem soll geprüft werden, inwiefern die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit auch am Wochenende – insbesondere hinsichtlich der selbständigen Raumnutzung durch die Jugendlichen – ausgeweitet werden können, damit den Jugendlichen im Bezirk mehr kostenfreie Räume zur Verfügung stehen.

Die Stärkung der Prävention gegen Gewalt und Anlaufstellen zur Beratung stehen bereits heute im Fokus unserer Politik. Dennoch wollen wir die bestehenden Anlaufstellen in Bezug auf einen sprach- und kulturgerechten Zugang zu den Schutz- und Hilfsangeboten des Bezirks fördern. Auch Angebote zur Supervision sollen bekannter gemacht und gezielt unterstützt werden.

Insbesondere dort, wo es einen großen Bedarf an Hilfen zur Erziehung gibt, setzen wir uns dafür ein, dass Familien Anlaufstellen vorfinden, wo Mütter und Väter, Kinder, Jugendliche und andere Bezugspersonen in Alltagsfragen und bei der Kinder-Erziehung wirksam unterstützt werden, u.a. durch Beratungsangebote, entwicklungsorientierte Begleitung von Kindern, Kinder- und Elterngruppen, Elternkurse, Infoveranstaltungen, Praxis- und Fachberatung. Die Budgets für diese sozialräumlichen Angebote wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Projekte zur

Selbsthilfe finden unsere Unterstützung, Familien sind häufig besser selbst in der Lage, mit ihren Netzwerken tragfähige Lösungen für schwierige Lebenslagen zu finden. Das Angebot der regionalen Erziehungsberatung in kommunaler und freier Trägerschaft soll über die bisherigen Standorte hinaus erhalten, gestärkt und weiterentwickelt werden.

Wir wollen alle Angebote ausbauen, die die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe stärken.

Wir setzen uns dafür ein, dass zusätzliche Angebote geschaffen werden, um der Wohnungslosigkeit, insbesondere von jungen Menschen, entgegenzuwirken.

Für eine funktionierende Jugendhilfe ist auch ein funktionierendes Jugendamt (insbesondere ASD) als Garant des Kindeswohls von wesentlicher Bedeutung. Der ASD soll von Sparmaßnahmen ausgenommen werden, die personelle Ausstattung ist kontinuierlich zu verbessern. Die Koalitionspartner unterstützen eine enge Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, Kindern, Jugendlichen und deren Familien sowie der Träger der Jugendhilfe in Wandsbek. Im Rahmen der Quartiersentwicklung ist jeweils zu prüfen, wie interdisziplinär, beispielsweise in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe, die Chancen für Kinder und Jugendliche erhöht werden können.

Wir setzen uns für die Schaffung weiterer Anlaufstellen für Familien in sozioökonomisch benachteiligten Gebieten ein, insbesondere dort, wo ein großer Bedarf an Erziehungshilfen besteht. Zudem wollen wir das Budget für sozialräumliche Angebote erhalten und weiterentwickeln. Die Familienratsbüros und die regionalen Erziehungsberatungsstellen in kommunaler und freier Trägerschaft sollen über die Standorte Farmsen, Hohenhorst und Poppenbüttel hinaus gestärkt und ausgebaut werden.

Nicht alle Kinder und Jugendlichen verfügen zu Hause über ausreichend Freiraum und Ruhe, um Hausaufgaben zu erledigen oder sich auf Klassenarbeiten vorzubereiten. Aus diesem Grund streben wir an, in Kooperation mit Bücherhallen, Einkaufszentren und Unternehmen gut ausgestattete Lernräume zu schaffen. Diese Lernräume sollen den Schülerinnen und Schülern sowohl als ruhige Arbeitsplätze als auch für gemeinsames Lernen zur Verfügung stehen und somit die Lernbedingungen verbessern.

Alle Menschen im Bezirk müssen gleichermaßen zu Wort kommen. Entsprechend wollen wir insbesondere die politische Mitbestimmung junger Menschen stärken, die im politischen Alltag oft nur schwer Gehör finden. Der Bezirk Wandsbek soll Vorreiter in der bezirklichen Mitbestimmung der Jugend werden. Bereits bestehende Beteiligungsprozesse werden fortgesetzt und weiterentwickelt, und die Pläne der Bezirksversammlung zur Errichtung eines Kinder- und Jugendbeirates werden vorangetrieben. Eine konkrete Einflussnahme von Kindern und Jugendlichen wird auf Grundlage eines noch zu schaffenden Jugendmitwirkungsgesetzes und/oder im Rahmen der Geschäftsordnungsautonomie der Bezirksversammlung sichergestellt. Darüber hinaus möchten wir, dass der Kinder- und Jugendbeirat Wandsbek von der Bezirksversammlung Wandsbek einen jährlichen Verfügungsfonds erhält, um eigenständig priorisierte Projekte umsetzen zu können.

Ziel ist es, die Demokratiebildung junger Menschen im Bezirk Wandsbek zu stärken. Zu diesem Zweck soll ein Präventionspreis „Demokratie und Zivilgesellschaft Wandsbek“ nach dem Vorbild der Bezirksversammlung Bergedorf eingeführt werden. Dieser Preis soll Projekte fördern, die das demokratische Miteinander, die Vermittlung von Werten sowie die Aufklärung über politische Geschichte unterstützen. Darüber hinaus sollen die entsprechenden Organisationen, Initiativen und Personen(-gruppen) für ihr Engagement ausgezeichnet werden können.

Mit Sorge erfüllt uns die Entwicklung, dass immer mehr Einrichtungen der Offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen berichten, dass Mädchen die offenen Angebote aufgrund elterlicher Vorbehalte nicht besuchen dürfen. Es ist unsere Aufgabe und unser Ziel, die Einrichtungen der Offenen Arbeit darin zu unterstützen, gute Lösungen für die Herausforderung zu finden, vom Anspruch gelebter Gleichberechtigung einerseits nicht abzuweichen und andererseits insbesondere jene Mädchen zu erreichen, welche elterlichen Beschränkungen ausgesetzt sind.

Ältere Bevölkerung („Senioren“)

Selbstbestimmtes Leben und Lebensqualität sehen die Koalitionspartner als Kernanliegen der gemeinsamen Politik für die ältere und alte Bevölkerung im Bezirk an. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss sich der Mehrgenerationen-Gedanke widerspiegeln im politischen Handeln: Es gilt, die Generationen zu verbinden und jegliche generationenbezogene Spaltung in der Gesellschaft zu bekämpfen.

Hierbei ist auch Gleichstellung eine Querschnittsaufgabe. Care-Arbeit soll in allen Lebensphasen wertgeschätzt werden. Diesbezügliche Beratungs- und Hilfsangebote werden fortgesetzt unterstützt. Dies gilt auch für das Thema Altersarmut von Frauen.

Ein wichtiger Baustein für Selbstbestimmung und Lebensqualität der älteren und alten Bevölkerung ist der möglichst lange Verbleib in den eigenen vier Wänden im gewohnten Wohnumfeld mit flankierenden Maßnahmen durch Sozialstationen und Pflegeeinrichtungen. Wir fördern hierbei neue Wohn- und Betreuungsmodelle für Seniorinnen und Senioren, die ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen. Ergänzt werden muss das Wohnen durch weitere Angebote im Bereich der Infrastruktur und der sozialen Möglichkeiten zur Unterstützung der Selbständigkeit und der Lebensqualität.

Wir setzen uns ein für eine bedarfsgerechte Ausstattung des Bezirks mit Pflegestützpunkten.

Wichtige Punkte in der Seniorenpolitik der Koalition sind:

- Ein ausreichendes Angebot an Wohnraum, das hinsichtlich der Wohnungsgröße und Wohnungsart (z.B. Mehrgenerationenwohnungen, WGs für Menschen mit erhöhtem Betreuungsbedarf), der Wohnkosten und der Barrierearmut den Bedürfnissen der älteren und alten Menschen im Bezirk entgegenkommt, soll verfügbar sein.
- Die Koalitionspartner setzen sich ein für verbesserte WLAN-Zugänge in Wohn-/Pflegeeinrichtungen, Seniorentreffs und im öffentlichen Raum.

- Der Webbereich des Bezirksamtes bzw. von hamburg.de für Senioren soll regelhaft den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden
- Die wertschätzende Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat wird auch in Zukunft fortgesetzt. Die Unterstützung der Arbeit erfolgt unter anderem durch Bereitstellung der hierfür notwendigen Mittel.
- Als wichtig erachtet werden Erhalt und Ausbau von – bevorzugt generationenübergreifenden – Treffpunkten und Orten mit der Möglichkeit zum Aufenthalt ohne Kosten und notwendigen Konsumdarunter, darunter mehr kostenlose Freizeit-Angebote im Freien wie z.B. Bouleplätze, Schach- und Skattische, Tanzflächen oder Sport im Park.
- Die Seniorentreffs in Wandsbek sollen weiterentwickelt werden; die Koalitionspartner setzen sich für die Erhöhung der bestehenden Mittel für Honorarkräfte zur Stärkung der inhaltlichen Seniorenarbeit ein.
- Es soll mehr altersfreundliche Sitzbänke mit Seiten- und Rückenlehnen an belebten Orten geben, dazu weitere Freundschaftsbänke (Bänkeprogramm/Freundschaftsbänke der Bürgerschaft) und Hinweise auf Wasserspender.
- Die Öffentlichkeitsarbeit für Angebote im Bereich ehrenamtlicher Einsatz und die entsprechende Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt/Bereich Ehrenamtlichkeit soll verstärkt werden.
- Angestrebt ist die Evaluation bestehender Pflegestützpunkte und bei Bedarf eine Weiterentwicklung der Angebote auch in Zusammenarbeit mit privatrechtlichen Organisationen.

Inklusion

Jeder Mensch mit und ohne Behinderung muss die Möglichkeit haben, vollständig und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Barrieren im Alltag weiter abgebaut werden, um eine wirkliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu erreichen.

Bei der Ermittlung von besonderen Bedürfnissen unterstützt der Wandsbeker Inklusionsbeirat Politik und Verwaltung konkret durch seine Expertise.

Neben dem Abbau von Barrieren bei der Planung von Wohnungen, Gebäuden und Straßen setzen wir uns auch für die Förderung der barrierefreien Gestaltung von Freizeitangeboten und Veranstaltungen z.B. durch den Einsatz von „Leichter Sprache“ oder Schrift- und Gebärdendolmetschung bei öffentlichen Sitzungen der Bezirksversammlung ein. Dies wird durch Beratung und erforderlichenfalls durch finanzielle Mittel adäquat unterstützt.

Wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement in den bestehenden vielfältigen Einrichtungen. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Akteuren vor Ort ist

uns wichtig und eine der wesentlichen Aufgaben für die Zukunft, diese Zusammenarbeit wollen wir weiter verstetigen. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, Menschen mit Inklusionsbedarf am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen und ihnen die Teilhabe zu erleichtern. Wir begrüßen den bereits erreichten barrierefreien Ausbau der Kundenzentren und anderer Verwaltungsgebäude und wollen diesen auf hohem Niveau weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass Online-Angebote des Bezirksamtes, vor allem aber Formulare und Anträge, in leichter Sprache und in großer Schrift zur Verfügung stehen.

Familien

Familien sollen besser unterstützt und unser Bezirk familienfreundlicher gestaltet werden, dazu gehört auch eine familienfreundlichere Verwaltung mit einem Familien-Servicebüro. Die bereits bestehenden Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe müssen erhalten und die Öffnungszeiten an den Lebensrealitäten orientiert bleiben oder werden.

Insbesondere in sozial benachteiligten Gebieten und dort, wo es einen großen Bedarf an Hilfen zur Erziehung gibt, setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass Familien Anlaufstellen vorfinden, wo Mütter und Väter, Kinder, Jugendliche und andere Bezugspersonen in Alltagsfragen und bei der Kinder-Erziehung wirksam unterstützt werden, u.a. durch Beratungsangebote, entwicklungsorientierte Begleitung von Kindern, Kinder- und Elterngruppen, Elternkurse, Elternlotsenprojekte, Infoveranstaltungen, Praxis- und Fachberatung. Die Budgets für diese sozialräumlichen Angebote sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Wo sinnvoll, soll die Zusammenarbeit von staatlichen und privaten Organisationen und gemeinwohlorientierten Verbänden gefördert und unterstützt werden.

Wir wollen auf die besondere Situation von Eltern von „Sternenkindern“ (vor, während oder kurz nach der Geburt verstorbene Kinder) aufmerksam machen. Der Bezirk Wandsbek soll sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass auch nach Fehlgeburten ein nach Dauer der Schwangerschaft gestaffelter Mutterschutz eingeführt wird. Auch der Partner soll im Falle einer Fehlgeburt einen Anspruch auf Arbeitsbefreiung erhalten.

Ehrenamt

Wandsbek bietet eine große Vielfalt an solchen Einrichtungen, die auf weitere bürgerschaftliche Unterstützung hinsichtlich Zeit und Know-how angewiesen sind. Die bestehenden Vernetzungsangebote für Organisationen und potenzielle Ehrenamtliche müssen aber noch deutlicher bekannt gemacht werden, darunter auch, wie ihre rechtliche Situation sich darstellt und welche Möglichkeiten, zum Beispiel die Ehrenamtskarte, es für sie gibt.

Wir unterstützen die Einrichtung einer Börse für ehrenamtlich organisierte Digitalkurse für Senioren, die gegebenenfalls in Abstimmung mit der Schulbehörde und den Schulen vor Ort insbesondere auch bei Schülern im Bezirk beworben werden soll.

Wie begrüßen die bestehenden Angebote im Bereich Gemeinschafts- und

Stadtteilgärten und halten es für erstrebenswert, dass sich Menschen aller Altersgruppen in diesem Themenfeld ehrenamtlich einbringen können.

Geflüchtete

In der zurückliegenden Legislaturperiode haben Stadt und Bezirk große Anstrengungen unternommen, damit die zu uns geflüchteten Menschen gut untergebracht werden und sich integrieren können. Aufgrund völkerrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen und der aktuellen außenpolitischen Situation muss Hamburg weiterhin in erheblichem Umfang Geflüchtete unterbringen.

Es obliegt hierbei der Bundespolitik, Lösungen zu finden, um die Zugangszahlen Geflüchteter zu steuern sowie einer Überforderung unserer Infrastruktur entgegenzuwirken, und der Verantwortung aller Akteure der Stadtgesellschaft, Geflüchtete vor dem Hintergrund endlicher Ressourcen menschenwürdig unterzubringen.

Wir setzen uns beim Bau der Wohnunterkünfte weiterhin dafür ein, dass diese in möglichst allen Stadtteilen errichtet werden, damit eine gute soziale Mischung in stabilen Quartieren ermöglicht und Stadtteilgerechtigkeit erreicht wird. Durch Beteiligung der Bevölkerung und Stärkung der sozialen Infrastruktur sollen starke Nachbarschaften entstehen.

Die neu errichteten gelungenen Quartiere am Butterbauernstieg in Hummelsbüttel und am Ohlendiekskamp in Poppenbüttel machen deutlich, dass unsere Idee der gemischten Quartiere aufgeht. Hier wurden gleichzeitig mit den neu geschaffenen gemischten Quartieren mit Wohnungen für den allgemeinen Wohnungsmarkt und Unterbringung für Geflüchtete auch Quartiersbeiräte eingerichtet. In diesen werden alle wichtigen Themen, die die Menschen vor Ort bewegen, zusammen vorangebracht. Diese Strukturen wollen wir weiterhin stärken und fördern.

Die Stärkung der sozialen Infrastruktur wird von uns mit Nachdruck verfolgt und umgesetzt. Gute Beispiele dafür sind die Erweiterung des Hauses der Jugend (HdJ) und des Bauspielplatzes am Tegelsberg in der Nähe der Unterkunft am Butterbauernstieg in Hummelsbüttel sowie der Bau des Begegnungshauses an der Ohlendiekshöhe in Poppenbüttel.

Wir führen laufend Gespräche in allen Stadtteilen, um zu prüfen, wo weiterer Bedarf besteht. So stellen wir sicher, dass die soziale Infrastruktur mit der steigenden Bevölkerungszahl durch den Wohnungsbau und die Aufnahme von Geflüchteten mitwächst. Hierbei hat sich der Quartiersfonds bewährt und soll verstetigt werden.

Sport

Grundsätze

Vorangestellt sei festgehalten, dass die Partner sich hinter der Grundausrichtung des Sportbezirks Wandsbeks versammeln und sich gemeinsam dafür einsetzen wollen.

dass in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der bezirkspolitischen Arbeit weiterhin im Bereich Sport gelegt wird. Gemeinsam werden wir den Breitensport stärken.

Einen besonderen Fokus wollen wir insbesondere auch auf Projekte und Sportarten legen, die Frauen und Mädchen in den Fokus rücken bzw. überwiegend von diesen ausgeübt werden. Darüber hinaus wollen wir inklusive Sportanlagen und -angebote besonders unterstützen.

Zudem begrüßen die Partner, dass der Themenbereich Sport wieder im Ausschuss für Haushalt und Kultur angesiedelt wird und sich namentlich in der Ausschussbezeichnung wiederfindet („Haushalt, Sport und Kultur“; „HSK“).

Im Themenbereich Sport haben sich die Koalitionspartner auf die nachfolgenden Punkte verständigt:

Moderne Sportstätten

Guter Sport braucht gute Rahmenbedingungen, insbesondere gute Sportinfrastruktur. Daher wollen wir unsere Anstrengungen zur Sanierung und Erweiterung von Kunstrasenplätzen, Vereinsgebäuden und Sporthallen auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wenn wir alle Potenziale und Möglichkeiten unserer Stadt nutzen und bündeln, können wir optimale Bedingungen für die Sportlerinnen und Sportler in Wandsbek schaffen.

Als Leitplanken unserer Bewertung für den Umbau von Sportstätten dienen auch weiterhin der Pflegezustandsbericht für Sportstätten sowie die Vorschläge aus dem Bezirklichen Sportstättenbeirat.

Im Zuge der Sanierungen der Sportstätten liegt unser Fokus auch immer auf der gesamtheitlichen Betrachtung der Sportstätte und das Mitdenken der notwendigen Infrastruktur wie z. B. Umkleidekabinen, Duschen, LED-Flutlicht und nach Möglichkeit einem Gastronomieangebot.

Unser gemeinsames Ziel, hinter dem sich alle Partner versammeln, ist es auch weiterhin, dass jeder Sportverein in Wandsbek mindestens einen zukunftsfähigen und wetterunabhängig bespielbaren Kunstrasenplatz erhält. Aufgabe der Partner wird es sein, in der kommenden Legislaturperiode ein Konzept für die öffentliche Sportfläche am Barmwisch (Bramfeld) zu entwickeln, um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen. Zudem steht die Entwicklung der Anlagen am Tegelsberg (Poppenbüttel), Saseler Weg (Volksdorf), Am Pfeilshof (Wellingsbüttel), Scharbeutzer Straße (Rahlstedt), Deepenhorn (Meiendorf), Theodor-Storm-Straße (Rahlstedt), Bramfelder Chaussee (Bramfeld) und Am Neumarkt (Marienthal) als Projekte für die kommende Legislatur auf unserer Agenda. Wo möglich, setzen wir auf eine vielseitige Entwicklung der Sportstätten für den Breitensport wie zum Beispiel bei der Sportanlage des TSV Wandsetal mit zwei Kunstrasenplätzen, Laufbahn, Hochsprunganlage, Sprunggrube und Volleyballfeld.

Den in der letzten Legislaturperiode aufgelegten Fonds aus Sondermitteln zur Umrüstung von bestehenden Flutlichtanlagen auf moderne, emissionsarme und insektenfreundliche LED-Technik, konnten wir einen weiteren Anreiz für die Wandsbeker Sportvereine zur Nachhaltigkeit schaffen. Um die flächendeckende Modernisierung unserer öffentlichen Sportanlagen weiter voranzubringen, setzen wir

auch in Zukunft beim Thema Sport einen unserer Schwerpunkte. Die Partner statten für die kommende Legislaturperiode den „Flutlichttopf“ wieder mit neuen Mitteln aus und reservieren erneut Mittel für „Faire Sporttextilien“.

Auch der Sport profitiert durch voraussichtlich mindestens 20 zusätzliche Hallenfelder und verbesserte Sportinfrastruktur bei Schulbauprojekten. Die kostenlose Mitnutzung durch Sportvereine garantieren wir auch in Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vernetzung zwischen Schulbehörde, den Sportvereinen und dem Bezirksamt Wandsbek noch besser wird. Sporthallen sollen verstärkt auch die Bedarfe des Quartiers berücksichtigen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass neue Vereinsgebäude, Sporthallen und weitere Funktionsgebäude wie Umkleidekabinen im Sinne der Flächeneffizienz nach Möglichkeit mehrgeschossig gebaut werden und werden gemeinsam mit den Vereinen Finanzierungskonzepte entwickeln. Bei der Realisierung der Neubauten setzen wir uns für eine kosten- und energieeffiziente Bauweise ein, daher fordern wir entsprechende Konzepte (z. B. Modulbauweise) von SBH/GMH oder dem Bezirklichen Sportstättenbau ein.

Wir setzen uns zukünftig dafür ein, dass alle Sportstätten mit mindestens einem Defibrillator ausgestattet sind.

Ausweitung der Parksportangebote und Schaffung weiterer Freizeitsportangebote

Entlang des Wandse Wanderwegs ist vom Eilbeker Bürgerpark, über den Eichtalpark bis nach Rahlstedt eine Art Perlenkette an Parksportangeboten entstanden. Die Verbindung von Natur, Freizeit und Sport ist nicht nur für uns als Politik, sondern auch für die Wandsbekerinnen und Wandsbeker von großer Bedeutung. Diese Angebote an Parksportflächen wollen wir noch weiter auf die anderen Stadtteile im Bezirk Wandsbek und unter Berücksichtigung inklusiver Angebote für alle Generationen ausweiten. Geprüft werden soll, ob die Parksportangebote mit kostenlosen Wasserspendern ausgestattet werden können.

Ebenso gehört zu einer Stärkung des Freizeitsports die Sanierung der Bolzplätze (bspw. an Bramfelder Chaussee/Steilshooper Allee, Höhe Bushaltestelle Rahnstraße). Wir fördern damit für die Menschen vor Ort eine wohnortnahe und kostenfreie Möglichkeit, Sport an der frischen Luft zu treiben. Hiermit stärken und fördern wir den Breiten- und Freizeitsport in Wandsbek.

Darüber hinaus setzen wir uns zur Erweiterung des Freizeitsportangebots für die Schaffung mindestens einer Boulebahn sowie weiterer Kinderspielflächen an belebten Plätzen ein. Die Partner setzen sich weiterhin für den Bau einer BMX-Bahn ein.

Schwimmunterricht

Es ist den Partnern ein besonderes Anliegen, dass jedes Kind in seiner Grundschulzeit die Möglichkeit erhalten soll, sicher schwimmen zu lernen. Als Bezirk unterstützen wir bei der Schaffung von Schwimmangeboten. Mit dem Neubau des Lehrschwimmbeckens Farmsen sichern wir Wasserflächen im Bezirk.

Finanzierung „Reinigung Sporthallen nach Haftmittelnutzung im Handball“ durch die Landesebene

Die Parteien versammeln sich hinter dem Beschluss der letzten Legislaturperiode, dass die Finanzierung zur Reinigung der Sporthallen nach Handballtrainings und -spielen durch die Landesebene sichergestellt wird.

Regionalliga-Stadion

Die Sondierungspartner sprechen sich für den Bau eines mindestens regionalligatauglichen Stadions im Bezirk Wandsbek aus. Dem bevölkerungsreichsten Bezirk Hamburgs steht ein solches Stadion gut zu Gesicht. Mögliche Standorte sollen bezüglich der Umsetzbarkeit unter den vom DFB gemachten Vorgaben wohlwollend geprüft werden.

Sport-Großveranstaltungen

Sport-Großveranstaltungen besitzen besondere Strahlkraft und begeistern alle Teilnehmenden sowie auch die Zuschauerinnen und Zuschauer. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Veranstaltungen wie der Wandsbeker Halbmarathon weiterhin im Bezirk stattfinden und wollen weitere Großveranstaltungen (z.B. Hamburg-Marathon, Hamburg-Cyclassic, etc.) in den Bezirk holen.

Wandsbeker Sportlerehrung

Sport hat für viele Menschen einen verbindenden und integrativen Charakter. Er bietet sowohl die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben als auch die Möglichkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit. Als Zeichen der Wertschätzung wollen die Partner sich für eine Wandsbeker Sportlerehrung einsetzen, in der analog zum Hamburger oder Deutschlands Sportler, Sportlerin, Mannschaft, Trainer, Trainerin des Jahres Wandsbekerinnen und Wandsbeker ausgezeichnet werden. Zu prüfen ist, ob dies im Zuge der Verleihung der Bürgerpreise erfolgen kann.

Kultur

Grundsätze

Als Hamburgs einwohnerstärkster Bezirk verfügt Wandsbek über eine ausgesprochen vielfältige, bunte, lebendige und inspirierende Kulturlandschaft. Wir wertschätzen und unterstützen diese besondere kulturschaffende Szene in unserem Bezirk und im Wissen um die geleistete hervorragende Arbeit, die für die Identität von Gruppen, für persönliche Weiterentwicklung und für unser gutes Zusammenleben unverzichtbar ist. Unsere Kulturlandschaft fördert Verständnis, Innovation und Toleranz gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkunft und ist so ein essenzieller Bestandteil für den sozialen Zusammenhalt in Wandsbek.

Unsere Kulturpolitik ist geprägt von einem gemeinsamen Verständnis über den hohen Stellenwert dieser Arbeit für unsere Gesellschaft. Daher werden wir darauf achten, dass den kulturellen Belangen auch weiterhin die nötige Aufmerksamkeit und Unterstützung von Politik und Verwaltung entgegengebracht wird.

Das kulturelle Angebot in Wandsbek wollen wir ausweiten und fördern, damit Wandsbek auch im Vergleich zu anderen Hamburger Bezirken als Kulturstandort

mehr an Bedeutung gewinnt. Wir setzen uns für eine Stärkung der regionalen kulturellen Bildung ein und wollen das kulturelle Angebot noch offener für Menschen aller Altersgruppen gestalten.

Kultur braucht Raum. Sie ist nicht denkbar ohne die Verbindung von Kulturschaffenden und Kulturnutzenden und entsprechenden Begegnungsstätten. Daher wollen wir auch den Raum für die Förderung des kulturellen Lebens und Austausches in Wandsbek erweitern.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Stärkung kultureller Angebote und Initiativen im gesamten Bezirk. Dazu gehören insbesondere die Unterstützung der bestehenden Stadtteilkulturzentren sowie die Vernetzung der kulturellen Aktivitäten und Kulturangebote im Bezirk. Wir wollen, dass auch die sozialräumliche Arbeit der Stadtteilkulturzentren weiter intensiviert wird. Kulturelle Angebote sollen auch dezentral und in der Nachbarschaft möglich sein.
- Das vorhandene Potential an nutzbaren Räumen in Wandsbek soll weiter erhöht werden. Vergleichbare Einrichtungen – wie z.B. das Kulturschloss Wandsbek, das BraKuLa oder das Sasel-Haus – sollen auch in anderen Teilen des Bezirkes eingerichtet werden. Dafür soll etwa in Rahlstedt ein Stadtteilzentrum entstehen, in dem auch alle vor Ort bereits engagierten Vereine und Institutionen im Ortskern gebündelt ihre Angebote vorhalten können.

Stadtteilkulturzentren und Bürgerhäuser sollen gesichert werden. Im Vordergrund steht dabei das kulturelle und sozialräumliche Angebot. Bestehende und künftige Angebote sollen bezüglich Anzahl und Art der personellen Ausstattung geprüft werden - sowohl hinsichtlich einer angemessenen Entlohnung als auch hinsichtlich der Möglichkeit, bedarfsgemäß projektorientierte freie Mitarbeiter zu beschäftigen, um eine ungeprüfte Ausweitung an Lohnkosten zu vermeiden.

- Wir wollen auch weiterhin Stadtteilvereine und -initiativen bei der Ausrichtung von nicht-kommerziellen Stadtteil- oder Nachbarschaftsfesten unterstützen. Die Partner sprechen sich dafür aus, einen eigenen Etat für solche Projekte einzurichten und werden zusätzliche Förderkriterien definieren.
- Wir wollen sowohl digital als auch analog besser über die Kulturangebote im Bezirk informieren, damit diese für alle Menschen leichter auffindbar und nutzbar sind.
- Wir stehen für die Förderung der Erinnerungskultur, bspw. durch angemessene Beschilderung von Kriegsdenkmälern und Einordnung in den historischen Kontext.
- Bessere Vernetzung zwischen Jugendzentren und Kultureinrichtungen soll erreicht werden, speziell bei Aktivitäten und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche.

- Wir sehen in der Stärkung von Angeboten zur Demokratieförderung, Medienkompetenz und zur Erkennung und Bekämpfung von Fake News sowie politischen und religiösen Extremismus eine wichtige Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen.
- Generationsübergreifende Angebote und jugendgerechte Ansprache sind für uns bei kulturellen Veranstaltungen im öffentlichen Raum wichtig sowie ausreichend Sitzmöglichkeiten zur Verbesserung der Teilhabe von in der Mobilität eingeschränkten Personen.
- Wandsbek ist bunt und diese Vielfalt wertschätzen wir. Sie sollte sich auch in der Kultur widerspiegeln. Wir unterstützen auch in den kommenden Jahren das Konzert für Toleranz und die Woche gegen den Rassismus.
- Historische Architektur und gewachsene ortstypische "Dorfkerne" wollen wir da, wo dies möglich ist, ohne die Einschränkungen des Denkmalschutzes erhalten. Denkmäler und Gedenkorte sind ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur vor Ort und sollen im Bestand gesichert und wenn nötig aufgewertet und/oder ergänzt werden.
- Die Nutzung von Wandsbeker Parks als Outdoor-Kinos, analog zum Angebot von Open-Air-Kinos in anderen Hamburger Bezirken, soll geprüft werden.
- Im Zuge der Erhebung und Tauglichkeitsprüfung von Mehrzweckeinrichtungen soll eine Prüfung der Möglichkeit der kreativen Zwischennutzung leerstehender Flächen als Add-ons zu den Mehrzweckeinrichtungen stattfinden. Das Ziel dieser Zwischennutzung soll sein, für Kulturschaffende und Unternehmer ein niederschwelliges Angebot zur Errichtung von Ateliers, Galerien oder Ausstellungsräumen, aber auch Pop-Up-Stores und Co-Working-Spaces zu ermöglichen.

Erinnerungskultur

Erinnerungsarbeit ist vor dem Hintergrund weitgreifender gesellschaftlicher Verschiebungen von historischen Einordnungen, Realitäten und Diskursen eine wichtige Aufgabe für eine demokratische Gesellschaft. Demokratiefeinden sowie extremistischen Weltanschauungen und politischen Richtungen stellen wir uns mit Aufklärung und Fakten entgegen. Mit dem Verlust derjenigen, die aus eigenem Erleben berichten können, müssen die historischen Orte als „sichtbare Zeugen“ zunehmend die Aufgabe übernehmen, die Erinnerung und das Vermächtnis der Überlebenden wach zu halten. Wir sehen in dem „Wandsbeker Weg der Erinnerung an Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus 1933-1945" ein gutes Beispiel, wie Erinnerungskultur vor Ort auf Personen oder Geschehnisse und Örtlichkeiten hinweist und Geschichte quasi vor der Haustür konkret erfahrbar wird. Diese Arbeit wollen wir im Rahmen des AK Denkmal und des Runden Tisches fortsetzen und weiterhin Gedenkorte in den Wandsbeker Stadtteilen schaffen bzw. aufwerten.

Wir setzen uns zudem beispielsweise dafür ein, dass ein Lern-, Gedenk- und Begegnungsort in Farmsen im historischen Wasserturm des ehemaligen Versorgungsheimes in Kooperation mit den lokalen Akteuren entwickelt und

umgesetzt werden kann. Das ehemalige Versorgungsheim gehört zu den wenigen Orten in Hamburg mit nahezu vollständig erhaltenem historischen Gebäudebestand. Es steht in seiner Rolle exemplarisch für die Zeit der nationalsozialistischen „Wohlfahrtspflege“ in Hamburg. Der denkmalgeschützte Wasserturm hat ein über den Stadtteil hinauswirkendes Alleinstellungsmerkmal und ist durch geeignete weitere Nutzungen zu erhalten, die einerseits gewerblich sein können und zudem soziale Anlaufpunkte beinhalten sollen. Dort bietet sich – auch mit Blick auf das unmittelbar benachbarte ehemalige Wirtschaftsgebäude – eine gute Gelegenheit, inmitten eines neuen Quartieres ein neues kulturelles und sozialräumliches Angebot zu schaffen und somit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander zu verbinden und damit deutlich zu machen, wie sich ein früherer Ort der Exklusion zu einem dem heutigen Menschenbild entsprechenden Ort der Inklusion entwickeln kann.

Im Zuge der Aufarbeitung des kolonialen Erbes der Stadt wollen wir in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Staatsarchiv Hamburg die Initiative zur Prüfung einer möglichen Umbenennung von belasteten Straßennamen im Bezirk wieder aufgreifen. Bei bestehenden baulichen Zeugnissen kolonialer Vergangenheit ist mit großer Sensibilität vorzugehen. Sie sollen unter konzeptioneller fachlicher Begleitung als bauliche Zeugnisse erhalten und mit Gegenwartsbezug eingeordnet werden.

Umwelt

Grundsätze

Der Bezirk Wandsbek ist ein sehr vielfältiges Gebiet aus großen Grünflächen und stark verdichteten Bereichen für Wohnen, Arbeiten, Mobilität, Alltag – und Sport, Spiel, Freizeit. Wandsbek weist den größten Anteil an Landschafts- und Naturschutzgebieten aus und kann in besonderem Maße einen Beitrag zur Klima- und Umweltentlastung Hamburgs beitragen. Unabhängig von politischen Grundeinstellungen wollen die Menschen Schutz und Pflege der Umwelt. Die drei Koalitionspartner sehen sich gemeinsam in der Verantwortung, die Umwelt zu schützen, zu pflegen, zu gestalten und weiterzuentwickeln mit den Nachbarländern und der Stadt Hamburg, damit unser Bezirk für uns und die kommenden Generationen lebenswert und lebendig bleibt.

Dafür setzen wir uns ein:

Landschafts- und Naturschutzgebiete erhalten

Die grünen Flächen des Bezirks müssen nicht nur erhalten und geschützt, sondern auch durch Anschluss an weitere Grünflächen in den Gemeinden und in der Stadtmitte weiterentwickelt werden.

Der urbane Biotopverbund soll gefördert werden, zudem sind ökologisch wertvoll gestaltete Freiflächen (Gärten, Innenhöfe u.a.) Ziel der Politik. Die Koalitionspartner schaffen Maßnahmen zum Schutz, zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Landschaftsschutzgebiete (LSG) und Naturschutzgebiete (NSG) und intensivieren die fachgerechte Pflege – auch durch Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Hierfür

sind, wo nicht schon etabliert, passende Strukturen zu entwickeln und zu nutzen, wie zum Beispiel die Schaffung einer Stelle für ein Freiwilliges Ökologisches Jahr.

Landschaftsschutzgebiete dürfen nicht ohne Ausgleich von Nicht-Landschaftsschutzgebieten in Anspruch genommen oder umgewidmet werden. Eine Bebauung in Naturschutzgebieten wird strikt abgelehnt – ebenso wie die Nutzung von Naturschutzgebieten für Wind- und Solarkraftanlagen. Wertvolle Landschaftsräume der Stadt sollen geschützt werden.

Den derzeit bestehenden “Vertrag für Hamburgs Stadtgrün” werden wir als Bezirk umsetzen und mit geeigneten Maßnahmen unterstützen.

Park- und Grünflächen

Park- und Grünflächen müssen über den jeweiligen Standort hinaus als Teil eines größeren Grüne-Lunge-Netzwerkes betrachtet werden und entsprechende Aufgaben übernehmen, sie dienen darüber hinaus sowohl der Erholung als auch sportlicher Aktivität und fördern das soziale Miteinander. Die Koalitionspartner setzen sich gemeinsam dafür ein, dass die Gestaltung von Park- und Grünflächen grundsätzlich den unterschiedlichen Bedürfnissen der Besucher ausreichend Rechnung tragen soll. Mehr Bänke an „schattigen Stellen“ sollen realisiert werden, ebenso mehr Papierkörbe und eine häufigere Reinigung und Pflege. Unachtsame Entsorgung von Müll und Zigarettenkippen (sogenanntes Littering) in den Grün- und Parkanlagen bleibt eine Herausforderung und Aufgabe für die Politik.

Nachtbeleuchtung auf dunklen Wegstrecken, insbesondere auf Schulwegen und auf Wegen zu Haltestellen des ÖPNV, soll zu mehr Sicherheit und Schutz sowohl der Menschen als auch der Umwelt führen. Die potentiellen Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass diese insbesondere als “intelligente” Nachtbeleuchtungen umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beleuchtungen beispielsweise bei den Verbindungswegen zwischen den Parkanlagen, sowie auf Parkwegen zwischen Wohngebieten und Nahversorgungszentrum bzw. Haltestellen des ÖPNV verbessert werden.

Die Einrichtung von Naturerlebnisflächen, die Kinder und Jugendliche selbst gestalten können, z.B. naturnahe Spielplätze und Schulhöfe, sollen gefördert und unterstützt werden.

Wir wollen uns auch weiterhin für Spielplätze einsetzen. Sie fördern nicht nur die Gesundheit von Kindern und ermöglichen soziale Interaktionen, sondern dienen auch als Treffpunkte. Ein weiteres Ziel soll die Schaffung von Mehrgenerationenspielplätzen für unterschiedliche Altersgruppen sein. Egal ob alt oder jung, die Leute vor Ort können sich miteinander austauschen und ihre Gesundheit durch spielerische Übungen an den Spielgeräten fördern. Darüber hinaus möchten sich die potentiellen Koalitionspartner auch für inklusive Spielplätze einsetzen, damit Kinder mit und ohne Behinderungen die Möglichkeit haben, gemeinsam zu spielen. Die Schaffung von barrierefreien Spielplätzen ermöglicht es Kindern ein vielfältiges Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln.

Park- und Grünflächen können durch die Wandsbekerinnen und Wandsbeker nicht nur als Erholungsort dienen, sondern auch für soziale Begegnungen. Dabei besitzt jeder Stadtteil in Wandsbek besondere Grünflächen, die von uns gefördert werden sollen.

Sitzbänke dienen als Aufenthaltsorte zum Ausruhen, sowie als Angebot, mit Nachbarn oder anderen Besuchern des Gebiets zu kommunizieren. Beispielsweise in der Nähe von Spielplätzen sind Sitzbänke sinnvoll, weil sich die älteren Familienmitglieder auf den Sitzbänken ausruhen können, während die jüngeren Familienmitglieder sich auf dem Spielplatz austoben. Dabei haben Kinder die Möglichkeit, in Spielpausen zu ihren Familienmitgliedern zu laufen, um sich eine Stärkung zu holen. Auch in Stadtteilzentren sind Sitzbänke unentbehrlich. Entsprechend setzen sich die potentiellen Koalitionspartner für mehr Sitzbänke im Bezirk Wandsbek ein.

Flächenversiegelung/ Flächenentsiegelung

Neue Flächen für Wirtschaft, Verkehr und Wohnen sollen nicht „auf der grünen Wiese“ durch Umwidmung von Grünflächen bereitgestellt werden, um aus den unterschiedlichsten Gründen Schaden für Fauna und Flora und damit auch für die Menschen zu verhindern. Das „Sanierungsprogramm Hamburger Plätze“ des Senats soll in Wandsbek auch verstärkt die Entsiegelung bzw. den Rückbau wasserundurchlässiger Flächen in den Blick nehmen. Flächenpotenziale sollen besser genutzt und der Flächenversiegelung entgegengewirkt werden. Wo möglich sollen Flächen entsiegelt werden.

Erhalt der Moore

Der Bezirk Wandsbek verfügt in Hamburg über die größte Anzahl an Mooren in geschützten Gebieten. Die Koalitionspartner wollen diese Flächen schützen und wo erforderlich und möglich renaturieren und ggf. auch ausbauen. Renaturierte Moorflächen sind langfristig von baulichen Veränderungen, die einen negativen Einfluss auf die Treibhausgasbilanz der Moore haben, auszunehmen. Ein bezirks- und länderübergreifender Planungsansatz ist elementar.

Fließgewässer im Bezirk Wandsbek

Die in den vergangenen Jahren begonnenen Maßnahmen zur Renaturierung der Uferzonen der Fließgewässer wie Alster und Wandse (Eilbek) und zum Bau von Fischtreppen sollen fortgeführt bzw. abgeschlossen werden. Zukünftig müssen auch die kleineren Nebenflüsse (Ammersbek, Saselbek, Rahlau, Berner Au etc.) in den Blick genommen und – soweit möglich und nicht im Widerspruch zu bestehenden Eigentumsrechten – in ihren natürlichen Gewässerlauf zurückversetzt werden. Dabei sind, in ausreichender Entfernung von Siedlungen, auch Überflutungsflächen vorzusehen, um Überschwemmungen flussabwärts vorzubeugen.

Hochwasserschutz / Starkregen / Trockenheit

Die Koalitionspartner setzen sich ein für eine systematische Pflege der Gräben (z.B. Rückschnitt der Bepflanzung, Befreiung von altem Gehölz), für die weitere Entsiegelung von Flächen (z.B. wasserdurchlässige Oberflächen bei neuen

Parkplätzen), bei Neuplanungen oder Grundinstandsetzungen von Straßen für wassersensible Straßenraumgestaltung (z.B. Rinnen, Mulden, Versickerungsmöglichkeiten) sowie für die Prüfung, wie bei derzeit bereits stark von Überflutung betroffenen Gebieten durch kurzfristige bauliche Maßnahmen eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann.

Artenschutz und Artenvielfalt im Bezirk Wandsbek

Es sollen ortsangepasste Wege gefunden werden, das Artensterben zu vermeiden, und Lösungen für ein gutes Miteinander von Arten und Mensch geschaffen werden (z.B. Blüh- und Streuobstwiesen, Straßenbegleitgrün). Der Schutz der Artenvielfalt im Bezirk Wandsbek erfordert die volle Aufmerksamkeit der heutigen Gesellschaft, aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen sollen hier unterstützend dienen.

Gebietsfremde Pflanzen (invasive Neophyten) gefährden die Artenvielfalt, manche auch unsere Gesundheit. Wir setzen uns dafür ein, dass diese neu auftretende invasive Neophyten konsequent entfernt werden.

Urban Gardening fördert Verständnis und Verantwortungsgefühl der Bürgerinnen und Bürger für ihre Umwelt. Das erfolgreiche Projekt der „ökologisch geförderten Grünpatenschaften“ soll fortgeführt werden. Weitere Projekte wie Gemeinschafts- und interkulturelle Gärten, Kleingartenvereine oder Urban-Gardening-Angebote sollen unterstützt und gefördert werden.

Bäume erhalten und schützen

Die Koalitionspartner setzen sich für den prioritären Erhalt alter Bäume ein: Sie stehen unter besonderem Schutz und dürfen nicht ohne besondere Genehmigung gefällt werden.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, den Bestand der Straßenbäume zu erhalten und Ersatzpflanzungen zeitnah / nach Pflanzperioden umzusetzen, wenn Bäume gefällt werden müssen. Nachpflanzungen / Ersatzpflanzungen sollen mindestens im Verhältnis 2:1 erfolgen. Dabei sollten die Ausgleichspflanzungen möglichst ortsnah und vorzugsweise durch heimische Bäume erfolgen, die sowohl einen hohen ökologischen Wert als auch eine hinreichende Widerstandskraft gegen die Folgen des Klimawandels besitzen. Ergänzt werden sollen diese durch klimaresistente und ökologisch wertvolle Baumarten, die vorzugsweise aus dem südeuropäischen Raum stammen sollten. So soll sichergestellt werden, dass der Baumbestand in Wandsbek sich an die sich ändernden Bedingungen anpassen kann. Klima-resiliente Bäume sollen bei Nachpflanzungen neben einer vielfältigen Auswahl aus vorzugsweise heimischer Gehölze (keine Monokultur) verwendet werden, auch um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Gehölze in Wandsbek besonders gut mit den sich ändernden Bedingungen zurechtkommen. Es sollen weiterhin gezielt Obstbäume im öffentlichen Raum an geeigneten Orten gepflanzt werden, deren Früchte von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können.

Recycling (Cradle to Cradle)

Die Koalitionspartner stehen für mehr Berücksichtigung von „Grauer Energie“. Umbau soll als Alternative zu Abriss geprüft werden, kreislaufgerechtes Bauen soll gefördert werden, z.B. Nutzung von vorhandenen Baustoffen, Betonrecycling,

Rückbaufähigkeit von Baumaterialien etc. Die Partner setzen sich dafür ein, entsprechende rechtliche und versicherungstechnische Rahmenrichtlinien zu prüfen und, wo möglich, dem Bedarf anzupassen. Projekte unter Nutzung ökologischer und nachwachsender Baustoffe sollen eine noch zu definierende Förderung erhalten. Im Bereich Entsorgung und Recycling setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass in allen Stadtteilen Depotcontainer für Altglas und Altpapier in ausreichender Anzahl und – wo möglich - in fußläufiger Entfernung zur Verfügung stehen. Die Recyclinghöfe im Stadtgebiet sollen den Bürgerinnen und Bürgern bewusster werden als Anlaufstellen für größere Mengen Müll oder Sondermüllmaterialien. Hierzu sollte es Informationsblätter zu den Angeboten im Einzugsbereich geben.

Gastronomie und Gewerbe im Sinne des Umweltschutzes

Wir wollen die Gastronomie weiterhin unterstützen und die Nutzung von Mehrwegprodukten fördern. Dadurch kann der Plastikmüll zugunsten der Umwelt stärker reduziert werden. Eine „Mehr Grün in Gewerbegebieten“-Kampagne soll die Entseigerung und Begrünung ungenutzter Flächen, Schaffung von grünen Stellplatzflächen, Gründächern oder Pflanzung einheimischer Hecken und Bäume etablieren.

Lärmschutz

Die Koalitionspartner sprechen sich als geeignete Maßnahme zur Reduzierung des Straßenverkehrslärms für eine bessere Instandhaltung der Straßen, d.h. insbesondere die zeitnahe Beseitigung von Schlaglöchern und Spurrillen aus. Einer abschnittswisen Verwendung von sogenanntem Flüsterasphalt auf besonders lärmbelasteten Straßenabschnitten stehen die Koalitionspartner auch unter Berücksichtigung des höheren Instandhaltungsaufwands aufgeschlossen gegenüber. Eine weitere/zukünftige Ausweitung von nächtlichen Tempo-30-Strecken wird als nicht zielführend erachtet und abgelehnt.

Entsorgung und Recycling

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass in allen Stadtteilen Depotcontainer für Altglas und Altpapier in ausreichender Anzahl, wohnortnah zur Verfügung stehen. Wir unterstützen „Fair trade“-Konzepte durch Aktionen wie die Teilnahme an der Hamburger Fair-Trade Woche, um Hamburgs Eigenlabel „Fair-trade Stadt“ gerecht zu werden.

Klimaschutz & Anpassung

Grundsätze

Die Koalitionspartner eint das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und ein klimaneutrales Wandsbek zu schaffen. Wir unterstützen den Ausbau der erneuerbaren Energien auch in Wandsbek. Bei der Flächensuche für den Ausbau der Windenergie in Hamburg wollen wir die besonderen Belange vor Ort sowie die ökologischen Aspekte entsprechend berücksichtigen. Des Weiteren sollen diejenigen Punkte identifiziert und weiterentwickelt werden, die für das Ziel der Klimaneutralität am effektivsten sind. Das integrierte Klimaschutzkonzeptes für Wandsbek (IKK-W)

wollen wir vor dem Hintergrund geänderter gesetzlicher Vorgaben und nach den Maßgaben des Koalitionsvertrages gemeinsam mit den Wandsbekerinnen und Wandsbekern weiterentwickeln.

Das bezirkliche Klimaschutzmanagement muss angemessen ausgestattet sein, um sowohl in die Verwaltung wie auch in die Öffentlichkeit hinein wirksam zu sein, und sich an der tatsächlichen Klimaschutz-Wirksamkeit messen lassen. Insbesondere in RISE-Gebieten sollen Klimaschutz- und Klimaanpassung immer mitgedacht werden und es sollen, wenn möglich, energetische Quartierskonzepte (wie z.B. am Tegelsberg) erstellt werden.

Darüber hinaus wollen wir eine stärkere Vernetzung zwischen Bezirksversammlung, Bezirksamt und der Umweltbehörde, um die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus dem stadtweiten Klimafolgen-Monitoring schneller in konkrete Politik vor Ort umzusetzen.

Weiterhin setzen wir uns für die Nutzung von Mehrwegprodukten nicht nur in der Gastronomie, sondern auch bei öffentlichen Veranstaltungen ein.

Stadtteil-Initiativen zum Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz z.B. Repair-Café, Kleidertauschbörsen, Büchertauschregale wollen wir finanziell unterstützen.

Auch in Hamburg erleben wir schon jetzt vermehrt Hitzephasen, Trockenperioden und Starkregenereignisse. Unser Ziel ist es, auch in Zukunft ein lebenswertes Wandsbek zu erhalten. Deshalb müssen wir auf die Klimaveränderungen reagieren und Anpassungsmaßnahmen umsetzen.

Im Einzelnen stehen dabei folgende Ziele im Fokus:

- In Wandsbek tragen wir verstärkt zur Erarbeitung des Hamburger Hitzeaktionsplans bei. "Kühle Oasen" sollen gepflegt und gefördert werden. Die Flächen für Kaltluftbildung wie Grünachsen, Knicks, Wasser- und Moorflächen sowie Mischwälder sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Wir wollen mehr Trinkwasserzapfstellen, um sich unterwegs die eigene Trinkflasche zu füllen und den Verbrauch von Plastikflaschen zu reduzieren.
- Ein aktuelles und öffentlich zugängliches Verzeichnis von gekühlten Räumen, die im Notfall aufgesucht werden können, wollen wir auf den Weg bringen.
- Die Gestaltung von Wandsbeks Plätzen und Wegen soll die notwendigen Anpassungen an den Klimawandel berücksichtigen und dabei gleichzeitig die Lebensqualität im Bezirk verbessern. Dazu gehören Bäume und hier insbesondere alte Laubbäume mit großen Baumkronen. Sie spenden Schatten und kühlen die Umgebung.
- Wir wollen in Wandsbek ein effektives Wassermanagement. Dazu gehört eine Reduzierung neuer Versiegelung auf ein Minimum und dort, wo dies möglich ist, eine Entsiegelung bestehender Versiegelungen. Zukünftig planen wir Maßnahmen, die auf dem Weg zu einer möglichst Netto-Null-Neuversiegelung für Wandsbek hilfreich sind. Wir wollen Wandsbeks Weg zur Schwammstadt beschleunigen.

- Mit Hilfe der Risikokarte für Starkregenereignisse sollen gemeinsam mit den Bürgern vor Ort Strategien zur Gefahrenabwehr entwickelt werden. Dabei sollen insbesondere auch Ideen und Maßnahmen seitens der Anwohnenden umgesetzt werden.

Haushalt/Verwaltung

Grundsätze Haushalt

Alle drei Parteien verständigen sich auf eine sparsame und ressourcenschonende Haushaltspolitik unter Einhaltung der Schuldenbremse in der Hamburger Verfassung. So wollen wir auch künftigen Generationen noch Handlungsspielräume hinterlassen, ohne die notwendigen heutigen Aufgaben zu unterlassen.

Bei den Rahmenezuweisungen durch den Haushalt der Bürgerschaft wollen wir die dem Bezirk gegebenen Spielräume zur eigenen Akzentsetzung nutzen. Bei der zuständigen Landesebene werden wir uns dafür stark machen, dass die Bezirke bei der Verwendung ihrer Haushaltsmittel zukünftig mehr Gestaltungsfreiräume erhalten. Bei neuen Aufgaben für die Bezirksämter muss künftig noch stärker auf das Bestellerprinzip geachtet und Geld- und Personalmittel bei neuen Aufgaben regelhaft mit auf die Bezirksebene übertragen werden.

Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Fraktionen bei der Verteilung der sog. politischen Mittel (z.B. Quartiersfonds) wollen wir fortsetzen. Die in den letzten Legislaturen zwischen den demokratischen Fraktionen vereinbarten zusätzlichen Richtlinien zur Vergabe der Mittel (Umgang mit Verpflegung, Höhen für Aufwandsentschädigungen, u. Ä.) wollen wir überprüfen und unter Beachtung der der zurechnungsrechtlichen Rahmenbedingungen weiterentwickeln sowie zwischen den Ausschüssen angleichen.

Konkret wollen wir

- uns dafür einsetzen, bei zukünftigen Erhöhungen von Rahmenezuweisungen gerade in der Stadtteilkultur und in der Jugendhilfe die Verteilung auf die Bezirksämter gerechter zu gestalten, in der die Rolle von Wandsbek als bevölkerungsstärkster Bezirk angemessener berücksichtigt wird.
- uns bei der zuständigen Landesebene dafür engagieren, dass die Rahmenezuweisungen für die Instandhaltung des Stadtgrüns mindestens stabil gehalten werden.
- den Inklusionsfonds auch in der kommenden Wahlperiode weiter fortführen.

Grundsätze Verwaltung

Die Bezirksverwaltung ist die erste Anlaufstelle für die Menschen vor Ort. Sie zu stärken ist das gemeinsame Verständnis der Koalitionspartner.

Die strukturelle Erhöhung der Personal- und Digitalisierungsmittel war dabei ein wichtiger Schritt. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sehen wir den Bedarf, die Effizienz der Bezirksverwaltung zu erhöhen und als

Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger Prozesse zu beschleunigen. Dieses muss konsequent abgesichert werden.

Gut 20 Jahre nach der letzten großen Verwaltungsreform haben sich die Herausforderungen und Anforderungen an eine moderne Verwaltung verändert und vervielfältigt. Dazu muss in einem offenen und transparenten Dialog mit allen Akteuren diskutiert werden, welches Leitbild wir von einem modernen Bezirk haben und welche Aufgaben zwingend dazugehören und welche verzichtbar geworden sind.

Der Abbau von überflüssiger Bürokratie ist dabei ein gemeinsames Anliegen. Dazu gehört auch, dass freiwillige Aufgaben regelmäßig auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Gemeinsam mit der Landesebene sollten zudem Doppelstrukturen konsequent weiter abgebaut werden, um Verwaltungsprozesse zu verkürzen.

Die Vergütungsstruktur in den Bezirksverwaltungen ist mit den Fachbehörden und Landesbetrieben, aber auch anderen Kommunalverwaltungen umliegender Bundesländer nicht mehr wettbewerbsfähig. Kurzfristig wird die bessere Eingruppierung für bürgernahe Dienstleistungen im Rahmen des Tarifvertrags der Länder begrüßt, die Koalitionspartner setzen sich für eine schnelle Umsetzung dieser Klausel ein. Perspektivisch muss die Bezahlung insgesamt deutlich attraktiver gestaltet werden, um den Kampf um die besten Köpfe auch in den Bezirken gewinnen zu können. Zudem müssen beste technische Ausstattung und moderne Arbeitsplatzgestaltung im Fokus stehen, um gutes Personal zu finden und vor allem auch langfristig zu halten.

Der Ein- und Aufstieg in der Verwaltung - auch für den Quereinstieg - muss durchlässiger werden, um alle Talente zu fördern und für die Bezirksverwaltung zu gewinnen. Wir werden Krankenstände im Bezirksamt systematisch erfassen und analysieren und entsprechende Maßnahmen zur Arbeitsplatzqualität im öffentlichen Dienst erarbeiten.

Weiterhin wollen wir

- die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes unterstützen, damit Verwaltungsangebote zukünftig auch digital angeboten werden können.
- die Informationen über den Status von Projekten im Bezirk auf dem Internetportal ausweiten, um so für alle interessierten Menschen einen transparenteren Überblick zu schaffen.
- energetische Informations- und Beratungsangebote wie die Hamburger Energielotsen auf dem Internetportal des Bezirks besser bekannt machen.
- das Internetportal des Bezirks auch so weiterentwickeln, dass die Baustellenkoordination tagesaktuell online einsehbar ist.
- die Ausstellung insbesondere von Geburts- und Sterbeurkunden im Bezirk Wandsbek durch eine Entlastung des Standesamtes beschleunigen. Übergangsweise soll eine Priorisierung von Fällen mit unterhaltsberechtigten Angehörigen mit keinem oder geringem Einkommen erfolgen.

- das soziale Engagement junger Menschen im Bezirk stärken. Dazu wollen wir prüfen, ob dazu im Bezirksamt zusätzliche FSJ-, FÖJ- oder BFD-Stellen eingerichtet werden können.

Schlussbestimmungen

Die Koalitionspartner setzen auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem im vergangenen Jahr wiedergewählten Bezirksamtsleiter. Gemeinsam mit ihm werden sie die Umsetzung des Koalitionsvertrags vorantreiben. Sie werden sich regelmäßig mit ihm über die Beschlüsse der bezirklichen Gremien und die Fortschritte und Ergebnisse der Arbeit für den Bezirk, die Bezirksversammlung und das Bezirksamt austauschen.

Sollte in der Bezirksamtsleitung vor Ende der Amtszeit des jetzigen Bezirksamtsleiters eine Vakanz entstehen, werden die Koalitionspartner gemeinsam beraten und entscheiden, wie die Bezirksamtsleitung vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses in der nächsten Amtszeit personell aufgestellt werden soll. Die Koalitionspartner verständigen sich auf die Modalitäten unter Wahrung der beamtenrechtlichen Grundsätzen (Eignung, Befähigung und fachliche Leistung). Der SPD steht das Vorschlagsrecht zu.

Alle in dieser Vereinbarung nicht geregelten Angelegenheiten werden von den Fraktionen gemeinsam besprochen und entschieden – insbesondere bevor die Fraktionen dazu öffentlich kommunizieren, um ein streitfreies Erscheinungsbild der Koalition zu ermöglichen. In der Bezirksversammlung werden die Partner nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Die freie Gewissensentscheidung der/des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt.

Anträge, die nicht die Zustimmung eines Partners finden, werden zunächst nicht eingebracht. Es soll eine gemeinsame Lösung gefunden werden - dies gilt auch für Verwaltungsvorlagen einschließlich Sondermittelanträge. Sollte ein Antrag von einer Oppositionsfraktion gestellt werden, zu dem zwischen den Koalitionspartnern auch nach wohlwollender Prüfung kein Einvernehmen besteht, wird dieser Antrag abgelehnt. Dies gilt für alle (Unter-) Ausschüsse der Bezirksversammlung einschließlich des Jugendhilfeausschusses.

Unter Beachtung der gemeinsamen Zielsetzung, den Wohnungsbau in Wandsbek zu fördern, werden auch die Mitglieder in den regionalen Unterausschüsse für Bauangelegenheiten (Bauprüfausschüssen) eine gemeinsame Linie vertreten. Die Abstimmung erfolgt durch die Sprecher vor der Sitzung des Bauprüfausschusses. Die Partner werden darauf hinwirken, dass die gemeinsame Wandsbeker Politik auf Landesebene Bestand hat. Bei Entscheidungen über Grundstücksangelegenheiten bzw. Bebauungsplanverfahren in Wandsbek in der Kommission für Bodenordnung (KfB) bzw. der Kommission für Stadtentwicklung soll Einvernehmen zwischen den von den Fraktionen benannten Vertretern hergestellt werden. Ist dies nicht möglich, wird Vertagung beantragt. Ist auch dann keine Einigung möglich, enthält sich das stimmberechtigte Mitglied.

Zur Erörterung eventuell auftretender Meinungsverschiedenheiten wird ein paritätisch besetzter Koalitionsausschuss gebildet, dem zumindest die Fraktionsvorsitzenden und die Kreis- bzw. Bezirksvorsitzenden der Parteien angehören. Der Koalitionsausschuss wird auf Antrag einer oder eines Fraktionsvorsitzenden oder einer oder eines Kreis- bzw. Bezirksvorsitzenden einberufen.

Hamburg-Wandsbek, 3. November 2024